

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Russlands 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Regulungs-Vereinbarung für 1894 unter Nr. 6919.

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspalte oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Verammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Just 1, Nr. 1598. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 31. Oktober 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Abonnements-Einladung.

Wir ersuchen alle unsere Freunde und Genossen, nach Kräften für die Erweiterung unseres Abonnentenkreises thätig zu sein.

Die Zeiten sind so bewegt, so schwaukend ist die nächste Zukunft, so notwendig die Teilnahme eines Jeden an den Kämpfen der Gegenwart, daß es mehr als je Pflicht der Genossen ist, für politische Aufklärung zu sorgen, und das Parteiorgan in immer weiteren Kreisen zu verbreiten.

Es ist das im wahrsten Sinne des Wortes eine Parteipflicht, die erfüllt werden muß im Interesse der Partei.

Die Hauptstärke einer Partei liegt in ihrer Presse — je mehr Leser ein Blatt hat, desto größere Macht hat es, und je größer die Macht der Parteipresse, desto größer die Macht der Partei.

Wer dem Parteiorgan neue Leser zuführt, stärkt die Partei.

Mit dem 1. November eröffnen wir ein neues Monats-Abonnement auf den

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt

mit der illustrierten Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure, sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum moralischen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements für die Monate November und Dezember zum Preise von

2,20 Mark

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.)

In den nächsten Tagen beginnen wir mit dem Abdruck des Roman's

Am Exil

von Georges Renard,

dem Verfasser des zuerst in deutscher Sprache von uns — im Sommer 1893 — veröffentlichten Roman's

Die Befehung André Savenay's,

der eine so günstige Aufnahme gefunden hat. Auch diese Uebersetzung ist aus der Feder unserer als Uebersetzerin bewährten Genossin Marie Kanert.

Den in Aussicht gestellten Roman, welcher die Ereignisse der Märzrevolution, und namentlich der Volkserhebung in Berlin behandelt, werden wir, um die Aktualität und das Interesse zu erhöhen, erst im nächsten Frühjahr, also gewissermaßen zu den Gedanktagen der vorgeschriebenen Ereignisse veröffentlichen — eine Anordnung, die sicherlich die Billigung unserer Leser finden wird.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Feuilleton.

Erinnerungen eines Kommunarden.

Aus dem Französischen von Jakob Rudorf.

Zum Kriegsgericht.

Ich erwartete nichts Anderes, als daß mein nobler Bruder mich in meinem Gefängnisse aufsuchen würde, um sich an meiner traurigen Lage zu weiden. Doch hatte er wohl nicht Muth genug dazu und beauftragte deshalb damit einen pensionirten Zahlmeister der Armee, welcher in meinem Arrondissement wohnte. Dieser Mann war, wie ich seitdem erfahren habe, von der Versailler Regierung mit Geld ausgerüstet, um unter den Föderirten einige Tausend Proseliten zu machen. Wenn man bedenkt, daß jedenfalls in den verschiedenen Stadttheilen von Paris ähnliche Individuen mit demselben Auftrage bedacht waren, so kann man ungefähr berechnen, mit welcher enormen Summen die „Retter der Gesellschaft“ das Land belasteten. Denn noch nie haben die Erhalter „der Ordnung“ ihre Taschen zu gunsten anderer geleert; im Gegentheil! So erging es auch mit diesem alten kaiserlichen Zahlmeister, der auf alle Fälle als ausgeleertener Mann in seinem Fache die Gelegenheit gut zu benutzen verstand. Da man von ihm keine Quittungen über verausgabte Gelder verlangen konnte, weil derartige schriftliche Beweismittel die Empfänger, welche mit beiden Händen zugriffen, aufs Aergste hätten kompromittiren können, so war

Der Parteitag.

Der diesjährige Parteitag der deutschen Sozialdemokratie ist nach achtstägiger Dauer geschlossen und das Urtheil der gegnerischen Presse liegt uns vor. Der Parteitag ist genau so verlaufen und das Urtheil unserer Gegner genau so angefallen, wie wir es erwartet hatten.

Der Parteitag hat seine Tagesordnung vollständig erledigt und die Aufgaben und Fragen, vor die er sich gestellt sah, in einer Weise gelöst, die bei den Parteigenossen auf Zustimmung rechnen kann und den Interessen der Partei gewiß förderlich war. Die „Streitigkeiten“, an die von unseren Gegnern so große Hoffnungen geknüpft worden waren, verdufteten in der freien, rücksichtslosen Kritik, und statt zu der uns stereotyp prophezeiten „Spaltung“, führten sie zu gefestigterem Einheitsgefühl.

Der „bayerische Zwischenfall“, der den Untergang der Partei, zum Mindesten den unheilbaren Bruch zwischen der Berliner Führerschaft und den süddeutschen Rebellen“ bedeuten sollte, wurde durch den Takt und gesunden Sinn der Kongressmajorität so gründlich aus der Welt geschafft, daß auch nicht ein Tröpfchen von Bitterniß hüben und drüben zurückgeblieben ist. Der Parteitag verweigerte seine Zustimmung zu dem Votum für das Gesamtbudget, und er lehnte es auch ab, einen Tadel auszusprechen. Hätte es sich um einen Kampf zwischen Gegnern gehandelt, so wäre das freilich ein „lahmes Ergebnis“, ein „Ausgang wie das Hornberger Schießen“ gewesen. Aber es war eine Diskussion unter Genossen und Brüdern, und da war dieser Ausgang der denkbar beste. Was zu sagen war, ist gesagt worden, und — es ist nicht umsonst gesagt worden. Der „Fall Bod“ — die Differenz wegen des Bürger Schuhmacherstreiks — welche Mühe die Gegner zu einem Elephanten aufgeschwändelt hatten, erschien dem Parteitag und den zunächst Beteiligten so winzig, daß er mit keinem Worte erwähnt ward. Der „Badische Kauf“ endete in einer Aufbühnung der Entzweiten, nachdem der Parteitag den Urheber des Zwistes den Standpunkt klar gemacht hatte — so klar, daß jedes Mißverständnis ausgeschlossen ist. Und auch die „Frage der Gehälter“, von der die Gegner eine so reiche Ausbeute erhofft hatten, ist ruhig zum Abschluß gebracht worden. Wer die diesjährigen Debatten über diese Frage mit denen des Berliner Kongresses — vor zwei Jahren — vergleicht, wird einen erheblichen Unterschied finden, und zwar ganz zum Vortheil des Frankfurter Parteitages. Und daß dies eine Frage ist, zu deren richtiger Auffassung der unter den kargsten, kleinlichsten Geldverhältnissen lebende Arbeiter einer tüchtigen Portion von Unabhängigkeit und Idealismus bedarf, das haben wir bereits früher, noch während der Verhandlungen des Parteitages, hervorgehoben.

In der Einstimmigkeit, mit der, nach kurzer Debatte,

jede Kontrolle ihm gegenüber undenkbar. So war es möglich, daß solche Menschen als unerfättliche Blutegel sich mehr noch als früher unter dem Kaiserreiche aus dem Staatsäckel mästen konnten. Dieser, von welchem die Rede, machte denn auch in dem Maße gute Geschäfte, daß er nach Besiegung der Kommune im Stande war, ein Bankhaus zu begründen, er, der vor der Belagerung von Paris ein ganz bescheidenes Kommiss war, der sich mit einer geringen Pension durchschlug.

„Nun,“ redete er mich in hämischen Tone an, „finden Sie nicht, daß die Rollen etwas gewechselt sind? Es sind kaum vierzehn Tage, da haben Sie mich keines Blickes gewürdigt, wenn Sie an mir vorübergingen. Jetzt aber geht es hoffentlich mit Ihnen zu Ende.“

„Es mag sein, daß ich oft meine Augen mit Elend abgewendet habe von Leuten Ihrer Sorte,“ erwiderte ich ihm. „Unsere Milde und Nachsicht wird uns schlecht bezahlt. Die, welchen wir gestern noch das Leben schenkten, tödten uns heute. Im übrigen habe ich mir nichts vorzuwerfen.“

„Welche Frechheit! Wie, Sie haben sich nichts vorzuwerfen? Erinnern Sie sich nicht mehr, daß, als ich eines Tages in dieser selbigen Mairie Sie begrüßte, Sie meinen Gruß nicht erwiderten?“ (Wortgetreu.)

Ich mußte trotz meiner Lage lächeln und bei mir denken, ob die Leute im Grunde nicht mehr dumm als schlecht seien.

„Ach,“ erwiderte ich, „ja ich erinnere mich jetzt dieses schrecklichen Verbrechens! Nur der Tod kann dasselbe sühnen und all mein Blut wird kaum im Stande sein, diesen Schimpf

die vorjährige Resolution bezüglich der Maiseier angenommen ward, zeigt sich so recht anschaulich die Disziplin und das Solidaritätsgefühl unserer Genossen. Noch vor zwei Jahren war die Zahl derer sehr groß, welche aus Zweckmäßigkeitsgründen die Maiseier statt am 1. Mai am ersten Sonntag des Mai wünschten; und heute besteht gar keine abweichende Meinung mehr.

Die Debatten über die Agrarfrage haben ihren Zweck in der Hauptsache erfüllt. Der Parteitag ist kein Gelehrtenkongress, der irgend eine Frage theoretisch zu erschöpfen hat. Hätten wir das Thema durchsprechen wollen, bis jeder sein letztes Wort gesprochen, wir hätten so viel Wochen gebraucht, als wir Tage zur Verfügung hatten. Und daß neues Material zu Tage gefördert, neue Gesichtspunkte eröffnet würden, das war bei Behandlung einer seit Jahren so vielbehandelten Frage nicht zu verlangen. Aber das so überquellende reiche Material wurde in seinen verschiedenen Theilen beleuchtet, die Bedeutung und Nothwendigkeit der Agitation auf dem Lande scharf betont, die Nothwendigkeit des eingehendsten Studiums der ländlichen Zustände und der individualistischen, den Eigenthümlichkeiten der örtlichen Verhältnisse anzupassenden Agitation dargelegt, und der Thätigkeit der Partei auf diesem Gebiete eine Richtschnur und ein praktisches Ziel vorkerbendende Arbeit angediesen. Dem proletarischen Charakter der Bewegung auf dem Lande hätte vielleicht mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden sollen. Der Landarbeiter ist für uns mindestens von gleicher Wichtigkeit wie der Bauer. Indes diese Lücke wäre sicher ausgefüllt worden, wenn der Schluß der Debatte nicht nach wenigen Stunden hätte erfolgen müssen, so daß außer den Referenten und Antragstellern fast Niemand mehr zum Worte kam.

In Sachen der Truffs und Unternehmerartelle präzisirte der Parteitag die Stellung der Sozialdemokratie klar und verständlich.

Man hat in Parteikreisen gesagt — man sieht, wir verschweigen nichts —, das geistige Niveau des Frankfurter Parteitages sei niedriger gewesen, als das seiner Vorgänger. Das ist unseres Erachtens nur zum Schein richtig, und der Schein ist wohl dadurch entstanden, daß der Frankfurter Parteitag ausschließlich praktischen Fragen und Aufgaben gewidmet ward.

Auf dem Parteitag selbst herrschte allgemeine Befriedigung über den Verlauf, und aus der Parteipresse ist zu ersehen, daß diese Befriedigung von der Masse der Parteimitglieder getheilt wird.

Desto unzufriedener sind die Gegner, deren Hoffnungen wieder einmal zu Nichte geworden sind.

Mit den häßlichen Bemerkungen, die an die Debatten geknüpft wurden, haben wir uns, so weit sie es verdienten, schon beschäftigt. Der Aerger und die Gehässigkeit unserer Gegner ist uns weder etwas Un-

von Ihnen zu waschen. Warum warten Sie denn noch? Warum tödten Sie mich nicht auf der Stelle?“

„Weil wir unsern feinen Stadttheil nicht mit dem Blute eines solchen Vanditen wie Sie besetzen wollen. Man wird Ihre Rechnung im Park Monceau ausgleichen!“

Ich wurde einem Korporal und vier Leuten von der Wache übergeben. Man zwang mich im bloßen Kopfe unter den stehenden Sonnenstrahlen zu gehen und ich bemerkte, daß man absichtlich die bedeutenderen Straßen vermied und den Weg sich durch enge und krumme Gassen suchte.

„In der Mairie denken Sie, wir sollen mit diesem da durch ganz Paris marschiren“, meinte der Unteroffizier, „und uns müde laufen in all diesen Straßen, wo man weder Weg noch Steg weiß. Wir werden es so machen wie mit dem Andern.“

In diesem Augenblick begegneten wir einem Trupp Gefangener, geführt von einer Abtheilung Soldaten, welche von einem Offizier befehligt wurden, dessen Bekanntschaft ich während der ersten Belagerung machte. Der Offizier schrak, als er mich erblickte, zusammen. Da jedoch ein strenger Befehl den Militärs jede Unterhaltung mit den gefangenen Parisern verbot, that der Lieutenant, als ob er mich nicht kenne. Er mußte aber wohl die Gefahr erkennen, welcher ich unter der Bewachung dieser fünf Mann lief, und er wendete sich an den Korporal:

„Wohin führt Ihr den Mann?“

„Zum Park Monceau.“

„Das ist unnütz; wenn Ihr hingehet, wird man Euch

gewohntes noch etwas Unangenehmes. Wir wollen uns bloß mit ein paar Sätzen gegen eine Behauptung wenden, die von einer protegierend freundlich thnenden Seite uns an den Kopf geworfen wird. Die „Frankfurter Zeitung“ hat entdedt, daß die „Mauerung“ unserer Partei in Frankfurt große Fortschritte gemacht hat, und daß wir ganz nahe daran sind, eine „radikale Reformpartei“ zu werden.

Die beiden Thatfachen, aus denen das bürgerlich-demokratische Blatt diesen Schluß zieht, sind:

1. daß der Parteitag für die Gehälter der Partei-Angestellten einen anderen Maßstab als den der gewöhnlichen Arbeitslöhne angenommen hat, und
2. daß es nicht zum Bruch mit der „praktischen“ Politik der Bayern gekommen ist.

Wir haben der „Frankfurter Zeitung“ schon vor dem Parteitag gesagt, daß unsere Partei allezeit eine „praktische“ gewesen ist, daß in den übrigen Landtagen und im Reichstage von unseren Genossen ebenso wenig Utopisterei getrieben wird, wie im bayerischen Landtag, und daß die angeblich neue Taktik Vollmar's von der Partei bereits allgemein adoptirt war, ehe Vollmar in die Partei eintrat. Wer sich hiervon überzeugen will, braucht bloß die Verhandlungen des Leipziger Hochverraths-Prozesses zu lesen.

Wenn es bei dieser und jener Gelegenheit zu Differenzen betrefis der Taktik gekommen ist, so galt dies nur einzelnen konkreten praktischen Fragen. Wäre eine prinzipielle Differenz vorhanden gewesen, so würde es auf dem Exterter, spätestens auf dem Berliner Parteitag zum Bruch und zu einer reinlichen Scheidung gekommen sein. Unsere Gegner, — und namentlich auch die „Frankfurter Zeitung“ — sind zwar auf das Eifrigste bemüht, einen prinzipiellen Gegensatz künstlich zu schaffen, und die „Bayern“ zu Sonderbündlern zu stempeln, allein mit diesen Bemühungen, deren Zweck doch gar zu durchsichtig ist, haben die biederen Klugweier kein Glück, und ihr einziger Erfolg ist: sie werden von uns ausgelacht. Wir brauchen keine Belchrung darüber, wer unser Freund und wer unser Feind ist.

Das Argument, das die „Frankfurter Zeitung“ aus der Stellung des diesjährigen Parteitages zu der Gehälterfrage schöpft, zerstören wir durch die Erwähnung der einfachen Thatfache, daß die Partei niemals einen andern Standpunkt gehabt, und daß schon der Gothaer Parteitag im Jahr 1877 genau dieselben Debatten gehabt hat, wie soeben der Frankfurter Parteitag.

Daß die Verhandlungen durchweg sachlich und in parlamentarischer Ordnung geführt wurden, ist so selbstverständlich, daß wir nicht dabei zu verweilen brauchen. Und es wurde tüchtig gearbeitet. Für die meisten der Teilnehmer reichte der Normalarbeitstag nicht aus — wobei wir an die rege agitatorische Thätigkeit, die diesmal besser geregelt war, als auf irgend einem der früheren Parteitage, gar nicht denken.

Eröffnet und geschlossen wurde der letzte Parteitag — der fünfte seit dem Fall des Sozialistengesetzes — durch Worte des Vertrauens in den Sieg der deutschen Sozialdemokratie, die gehobenen Hauptes ihren Feinden entgegengeht und die Gewißheit hat, sie allesamt zu überwinden.

Die Parteitage sind die Heerschaue unserer Partei. Die Heerschaue in Frankfurt hat uns mit freudigem Stolz erfüllt. Das Heer ist kampftüchtig und kampfstroh.

Komme was wolle, wir sind vorbereitet.

Soch die internationale revolutionäre Sozialdemokratie!

Politische Ueberflucht.

Berlin, den 30. Oktober.

Was für eine Politik und die nächste Zukunft bringen wird, könnte bei der Unbeständigkeit unseres politischen Wetters auch ein diplomatischer Falb nicht prophezeien. Dennoch halten es natürlich die Kammergesichter der bürgerlichen Blätter für angebracht, sich in lustigen Spekulationen über die Politik des Ministeriums Hohenlohe-Kölller zu ergötzen. Da geräth denn das Lustschloß bald junkerlich-fendal, bald bürgerlich-modern je nach dem Standpunkt der Spekulant. Die Konservativen, die „Kreuzzeitung“ voran, erklären nur mit einem streng konservativ-kerikalischen Regime zufrieden sein zu können, während die Nationalliberalen aus der Thatfache, daß Fürst Hohenlohe dereinst zu den Altliberalen, Herr v. Kölller zu den Konservativen gerechnet

von dort zum Industriepalaste schiden. Da geht nur gleich dort hin.“

„Ich kenne Paris nicht und weiß nicht, wo das ist.“

„Da schließt Euch uns an, wir marschieren nach den Eisenbahnen Feldern und Ihr könnt nur mit uns gehen.“

Der Korporal gehorchte großmuth und ich befand mich inmitten einer Anzahl von ungefähr hundert Föderirten.

Unterwegs begegneten wir einem General mit seiner Suite. Derselbe richtete die Frage an den Offizier, woher die Gefangenen kämen.

„Zum Theil vom Montmartre, zum Theil aus dem 9. und 4. Arrondissement,“ war die Antwort.

„Führt sie nach dem Chatelet,“ befahl der General.

Wir zogen über den von der Sonne durchglühnten Platz de la Concorde und den Quais bis zum Chatelet. Einige Bewunderte konnten nicht mehr folgen. Einer blieb unterwegs liegen.

Bei dem Theater des Chatelet angelangt, führte man uns durch den Eingang, durch welchen sonst die Künstler hineingelangen, in das Gebäude. Ein breiter, düsterer Korridor führte in die unteren Räume des Theaters.

Nach und nach, je nach dem Mann in den anderen Theilen des Hauses wurde, schob man uns weiter und an unseren Platz traten wieder neue Gefangene. Es war gleichsam wie eine wachsende Fluth und die Menschenwogen stiegen immer höher und erfüllten die Bühne und nach und nach den weiten halbrunden Zuschauerraum. Ein dichter Kreis von Wachen schloß uns ein.

Wir mußten so während mehrerer Stunden dastehen, ohne daß es irgend wie möglich gewesen wäre, sich niederzusetzen oder auch nur anzulehnen. Eine erstickende Hitze herrschte und ein unerträglich Geruch beranthe uns Athem und Gedanken. Wenn mich Jemand in diesem Augenblick hätte tödten wollen, ich wäre ihm dankbar gewesen.

Wir athmeten ein wenig im Treppen Hause auf, wo wir eine erste vorläufige Untersuchung zu bestehen hatten. Man fing an, unsere Taschen zu durchsuchen. Wenige von den Gefangenen hatten Geld bei sich; das meiste wurde mir genommen. Man theilte uns in zwei Klassen, um die Treppen rechts und links zum Foyer hinaufzuführen.

wurde, den Schluß ziehen, daß nun endlich ein mittelparteiliches Regiment unter Sammlung aller Liberalen und Konservativen unter Abweisung aller Extreme nach links und rechts im Anzuge sei. Sie werden sich wohl auf beiden Seiten irren; denn heutzutage ist nichts beständig bei uns als der Wechsel. —

Der neueste Kanzlerwechsel wird im Ausland weit schärfer und weit richtiger beurtheilt als im Inland, wo die altrömischen Majestätsbeleidigungs-Gesetze eine direkte Meinungsäußerung unmöglich machen. Seit es bekannt ist, daß nicht prinzipielle, sondern rein persönliche Motive den Rücktritt des Herrn v. Caprivi bewirkt haben, ist das Urtheil noch verschärft; und z. B. die englische Presse sucht nach ähnlichen Vorgängen nicht mehr in Russland, sondern in der Türkei. Dort waren derartige, auf rein persönliche Ursachen zurückzuführende Personenwechsel früher im Schwang — das heißt bis vor etwa 65 Jahren. Seit den damaligen Reformen sind auch in der Türkei solche Ueberraschungen nicht mehr in der Mode.

Der Pariser „Temps“ hält beiläufig den Rücktritt Caprivi's nicht für endgiltig. Da scheint das französische Blatt uns doch den Charakter des vorigen deutschen Reichskanzlers zu unterschätzen. Daß diesem der glatte Parquetboden des Hofes, auf dem er zu balanciren hatte, nicht behagte, das war schon lange aus Bemerkungen, die er im Reichstag machte, zu ersuchen — und noch mehr. . .

Mehr Licht über die Eulenburgerei verbreitet eine Korrespondenz der „Kölnischen Volkszeitung“ aus Berlin. Danach bestätigt es sich nicht nur, daß die Vorstellung der Deputation des Bundes der Landwirthe beim Kaiser durch den Grafen Eulenburg gegen Caprivi ausgenutzt wurde, es wird sogar mit aller Bestimmtheit versichert, daß der preussische Ministerpräsident den marantesten Satz des Schriftstückes: „Eine s t r a f f e G e s e h z e b u n g wird in der Hand einer energischen Exekutive heute noch im Stande sein, die Bewegung, soweit sie staatsgefährlich und verbrecherisch ist und Deutschlands Ehre bedroht, k u r z e r H a n d z u u n t e r d r ü c k e n“ — eigenhändig eingestrichelt habe. Das ultramontane Blatt schreibt in Begründung seiner Behauptung:

Der Inhalt des Satzes steht auch in einem auffallenden Gegensatz zu der bisherigen Haltung des offiziellen Organes des Bundes der Landwirthe. Bisher hat letzteres sich gegen die Umsturzgesetzgebung völlig ablehnend verhalten, mit der ganz nothwendigen Begründung, daß eine Umsturzgesetzgebung gegebenen Falls auch gegen seine Agitation verwandt werden könne, wie sie bislang auch der Bund der Landwirthe betrieben habe. In einer Audienz, welche der Vorsitzende des Bundes der Landwirthe, Herr v. Plösz, wegen Auflösung der ostpreussischen Deputation zum Kaiser vorher bei dem Ministerpräsidenten Graf Eulenburg hatte, kam die Rede auf diese bisherige Haltung des Bundes der Landwirthe. Graf Eulenburg fand dieselbe unverständlich, da gar kein Gedanke daran bestiehe, eine Umsturzgesetzgebung auf den Bund der Landwirthe anzuwenden. Er gab zu verstehen: wenn man Caprivi beseitigen wolle, sei es doch richtiger, für eine Umsturzgesetzgebung ins Zeug zu gehen. Daraus ließ Herr v. Plösz sich bewegen, dafür zu sorgen, daß der erwähnte Satz in die vorbereitete Adresse aufgenommen werde. Zu einer vernünftigen Umarbeitung der Adresse war keine Zeit mehr; man hing also einfach jenen Satz am Schluß an, ohne ihn in irgend eine organische Verbindung mit dem Vorhergehenden zu bringen. Dieser Satz ist mit seiner wahrhaft lapidaren Lösung der sozialen Frage würdig, den Leichenstein des Grafen Eulenburg zu zieren. Niemand bedenkt den Abgang dieses Ministers; wenn man aber jenen Satz liest, kann man sich nur freuen, daß ein solcher Mann nicht Gelegenheit fand, seine Staatskunst frei walten zu lassen. Von den Erfahrungen mit dem alten Sozialistengesetz weiß jener nichts; von sozialen Reformen redet er auch nicht; er glaubt, die sozialdemokratische Bewegung mit reinen Polizeimaßregeln „unterdrücken“ zu können, und dazu noch „kurzer Hand“!

Dieser Satz erinnert an eine Rede, die — wenn ich nicht irre im Jahre 1890 — der frühere Minister v. Puttkamer in Stolpe hielt: man müsse der Sozialdemokratie mit „Gewehren und Kanonen“ zu Leibe gehen. Er erinnert aber auch an eine Rede, die Graf Eulenburg selbst einst als Minister des Innern im Reichstag hielt, in welcher er die Sozialdemokratie daran erinnerte, daß „der Säbel nicht und die Flinte schießt“. Damals antwortete der Abg. Schröder (Zippstadt) ungefahr folgendermaßen: „Wenn in einer Unterhaltung beim Thee solche Ansichten über die Unterdrückung der Sozialdemokratie mir von einem jungen Kadetten geäußert würden, dann würde ich ihm freundlich auf die Schulter klopfen und ihm sagen: Bravo, mein Sohn, du wirst es noch zum General bringen. Wenn ich aber

Rechts wurden die besser gekleideten, die „Interessanten“ placirt, diejenigen, welche man nicht als gewöhnliche Bauern auf dem Schachbrette des menschlichen Lebens ansah. Auch ich gehörte zu dieser Kategorie.

Wir gelangten nur langsam vorwärts und ich sah dieselbe Treppe, welche wir hinaufstiegen, eine große Zahl meiner unglücklichen Kameraden herabkommen, welche ihr Todesurtheil schon empfangen hatten und auf den Hof der Kaserne Lobau geführt wurden. Viele von ihnen, welche muthig im Kampfe gestanden hatten, sahen schon aus wie Leichen. Einige hatten noch den Muth und die Kraft uns zuzurufen: „Lebt wohl, Brüder! Wir gehen in den Tod, aber die Republik ist unsterblich! Es lebe die Kommune!“

Verhör und Urtheil.

Endlich betreten auch wir das Foyer. Vor Ausbruch des Krieges war ich mehrere Male dazugewesen, um der ersten Aufführung eines neuen Stückes beizuwohnen. Welche Veränderung! Ehemals stritten sich hier die glänzendsten Berühmtheiten der Kunst und Literatur um das Lächeln und die freundlichen Blicke schöner Frauen. Noch widerhallte in meinem Ohr der Beifall der Gallerien und des Parterres bei den energischen Stellen des Stückes: „Die Weissen und die Blauen“ von Alexander Dumas, welche der Dichter dem Saint-Just in den Mund legt. Welch schreckliches Erwachen!

An dem einen Ende des Saales hatte man einen mit einem grünen Tuch bedeckten Tisch placirt, um welchen die Offiziere als Richter, den Säbel zwischen den Beinen, saßen. Das ganze Gerichtsverfahren bestand fast nur in einer Feststellung der betreffenden Persönlichkeit.

Wenn ein Föderirter vor das Tribunal trat, so zogen ihn die Polizisten die Kleider ab und der kleinste rothe Fleck an der rechten Schulter war genügend, um zu beweisen, daß der Angeklagte ein Gewehr abgeschossen habe.

Eine Handbewegung des Vorsitzenden entschied darüber, die Vorgeführten der langen Reihe der Verurtheilten oder der „Zweifelhafte“ beizugefellen. Die Letzteren wurden, anstatt sofort erschossen zu werden, nach Versailles transportirt.

so etwas von einem preussischen Minister des Innern höre, dann sage ich: Das Advancement muß umgekehrt werden.“ Wie man sieht, hat seitdem Graf Eulenburg nichts gelernt, die Antwort des Abg. Schröder aber vergessen.

Diese Ausführungen eines Gegners des Grafen Eulenburg erhalten eine indirekte Bestätigung in einer Verherrlichung seiner tiefen staatsmännischen Weisheit, die ihm ein befreundetes Blatt, das Stöder'sche „Volk“ zu theil werden läßt in den Worten:

„Graf Eulenburg, einmal davon überzeugt, daß der Kaiser eine energische Durchführung seiner in der Königsberger Rede angedeuteten Absichten wünsche, trat mit großer Entschiedenheit auf den Plan und zeigte sich entschlossen, die weitestgehenden Maßnahmen mit allem Nachdruck zu vertreten. Die Abänderung des Reichstagswahlgesetzes sollte nöthigenfalls durch einen Akt der Bundesfürsten durchgesetzt werden.“

Durch diese Jubelhymne wird Graf Eulenburg ärger noch kompromittirt als durch die gegnerischen Enthüllungen. So, wie er da geschildert wird, verhält sich der höfische Machtanbeter: Sobald er Wind davon kriegt, daß der Herrscher einer Zwangspolitik zuneigt, übertrumpft er sofort alle Konkurrenten durch die Anpreisung einer Politik, die auf nichts geringeres — als den Staatsstreich hinauskommt. Und der Mann ist „huldvollst“ entlassen worden! Wenn er wieder auf der Schaubühne erscheint, weiß man, was die Glocke geschlagen hat. —

Marshall von Biberstein, der Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten, ist zum preussischen Staatsminister ernannt worden. Wie müssen die altkonservativen Kurpreußen den Kopf schütteln über einen bayerischen Ministerpräsidenten und einen badensischen Staatsminister Preußens. —

Aus Essaf-Lothringen wird uns geschrieben: Zur Vervollständigung Ihrer in Nr. 252 des „Vorwärts“ gebrachten Notiz über Herrn v. Köller sei noch kurz bemerkt, daß gerade unter dem Unterstaatssekretariat dieses Herrn die Sozialdemokratie in den Reichslanden ihre überraschend schnelle Ausbreitung fand. Wir würden es liebhaft bedauern, Herrn v. Köller, der ein Meister in der Handhabung unserer reaktionären französischen Gesetze war, zu verlieren. Die rücksichtslose Verfolgung, die uns das Köller'sche Regime hat zu theil werden lassen, war unsere beste Bundesgenossin, unter der die reichsländische Sozialdemokratie wuchs und gedieh. Nur wenn Herr v. Köller berufen würde, eine gleiche Wirksamkeit für ganz Deutschland zu entfalten, könnten wir seinen Verlust einigermaßen verschmerzen. —

Reichstags-Erfahrungen. Bei der Reichstags-Erfahrungswahl im Wahlkreis O sterburg-Stendal wurde Amtsrichter Himburg (deutschkonservativ) gewählt. Nach amtlicher Feststellung wurden insgesammt 15 063 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Amtsrichter Himburg-Osterburg (deutschkonservativ) 8125 Stimmen, auf Handelskammersekretär Fischbed (frei. Volkspartei) 4587, auf Schneider Hünze (Sozialdemokrat) 2140 Stimmen. Bei der Wahl im Jahre 1893 wurden 2989 sozialdemokratische Stimmen abgegeben.

Im 2. Wahlkreis findet heute für den zum ordentlichen Professor ernannten Abg. Friedberg eine Erfahrungswahl statt. Das Resultat der Wahl, soweit es bis 11 Uhr bekannt geworden ist, findet sich unter Depeschen. —

Den Katholikentagessprecher liest Sigl's „Bayerische Vaterland“ in anständiger Weise den Text. Die Zentrumsheiden seien „nur tapfer — mit dem Maul“. Nur lärmende laute Proklamationen, aber keine nuthbare Kleinarbeit brachten sie zu Stande: „Man muß bei den Katholikentagessprecher immer an den Esel denken, der in der Löwenhaut entseflich brüllte und die erschreckten Hasen und Mehe dem versteckten Löwen zutrieb, der aber kein lautes Gebrüll erhob.“ —

Zur Börseureform. Die kommissarischen Beratungen über die Börseureform nehmen schnellen Fortgang. Wie der „Börse-Courier“ erfährt, besteht die Absicht, die Ueberwachung der Börsen durch Regierungs-Kommissionen einzuführen und gleichzeitig auf den Fonds- wie auf den Produktenbörsen Ehrengenerichte einzusetzen, die die Befugnis haben sollen, das geschäftliche Verhalten der Börsenbesucher etwaigen Anzeigen gegenüber zu prüfen und eventuell disziplinarisch zu ahnden. Für die Zulassung

Wenn man die doppelte Probe der Schulter und der Hände bestanden hatte, mußte man einige Fragen beantworten. Wenn man dieselben zögernd oder in einer Weise, die als unpassend erachtet wurde, beantwortete, war man verurtheilt. Ueberdies waren Polizeispione und Agenten von allen Stadttheilen anwesend, welche die bezeichnenden, welche als besonders gefährlich angesehen wurden. Die Zahl derjenigen, welche einer sofortigen Verurtheilung entgingen, war gering. Zudem ich die Gesichter derjenigen betrachtete, welche den Gerichtshof bildeten, bemerkte ich niemand, den ich je gekannt oder auch nur schon gesehen hatte.

Der Tag neigte sich zu Ende und es war voranzuzusehen, daß mein Urtheil nicht vor dem Abend gesprochen wurde.

Ich wartete mehrere Stunden, welche mir eine Ewigkeit zu sein schienen, in peinlicher Unruhe. Endlich gegen 8 Uhr eröffneten die Richter die Sitzung, welche unterbrochen worden war, wieder.

Ich überließ mich einem Augenblick einer thörichtigen Hoffnung. Als an mich die Reihe kam vorzutreten, bestand ich die Untersuchung ganz vortheilhaft. Meine Schulter war nicht roth, aus dem Grunde, weil ich keine Flinte zu tragen gehabt hatte. Meine Hände waren weiß und zeigten keine Spur von Pulver. Ich hatte aus Versehen ein von Sylvia's Taschentüchern eingesteckt, dessen Parfüm die Agenten überraschte und auf einen Augenblick den Verdacht gegen mich zweifelhaft machte. Man hielt es der Mühe werth, wenigstens einige Fragen an mich zu richten.

„Ihr Name?“

„Jacques Meylan.“

„Beschäftigung?“

„Publizist.“

„Haben Sie theilgenommen an der Bildung von Bänden, welche die Form der Regierung ändern wollten?“

„Ich habe mich am vierten September in die Liste der Nationalgarde eintragen und einem Bataillon einreichen lassen zur Vertheidigung der Republik gegen die Preußen.“

„Sie sind Republikaner und waren in der Nationalgarde?“

„Ja.“

von Emissionen sollen einheitliche Bestimmungen unter den durch das geltende Gesetz bereits bestehenden Forderungen getroffen werden.

Der von diesen Maßregeln die „Einführung“ der Börse hofft, der kennt die Verhältnisse nicht. In Oesterreich, wo der Börsenschwindel in gleichem Grade blüht, wie bei uns, existierten schon vor dem fürchterlichen Börsenkrach vom Mai 1873 die Regierungskommissionen und die Ehrengerichte, sie haben aber die Börsenspieler nur vertrauensselig gemacht und keinen Schwindel verhindert. —

Die Handelskammern sind die reinsten Vertreterinnen der Bourgeoisinteressen, so hat sich die Handelskammer von Münster i. W. gegen die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handelsgewerbe ausgesprochen. Außerdem will diese Kammer in Gemeinschaft mit ihrer Wiesbadener Kollegin beim deutschen Handelstage vorstellig werden, daß gegen die Bestimmung des preussischen Kommunalabgaben-Gesetzes Front gemacht werde, welche die in der Gemeinde domicilirten Personen hinsichtlich ihres gesammten innerhalb und außerhalb des preussischen Staatsgebietes gewonnenen Einkommens der Gemeinde-Einkommensteuer unterwirft. —

Bismarck'sches. Ein polnisches Blatt, der „Gaz“, schrieb anlässlich der letzten Polenreflexionen des Ex-Kanzlers Nr. I, dieser habe nicht immer die Polen so grimmig gehaßt, im Jahre 1864 habe er dem seither verstorbenen Fürsten Ladislaus Czartoryski die Bildung eines unabhängigen Polen unter gewissen Bedingungen, die aber abgelehnt worden seien, angeboten.

Die „Magdeburger Zeitung“ — vermutlich Hans Blum — erklärte dies für falsch, während die „Hamburger Nachrichten“ sich hartnäckig ausschweigen. Der „Gaz“ hält nun seine Behauptungen vollständig aufrecht. Er meint:

Fürst Bismarck kenne den Inhalt des Fürst Czartoryski'schen Schreibens vom 24. Februar 1864 sehr gut. Fürst Bismarck habe durch eine halbamtliche Mittelsperson mit dem Fürsten Czartoryski Verhandlungen eingeleitet und von ihm verlangt, er möge selbst „annehmbar, vernünftige“ Bedingungen formulieren. Gleichzeitig versprach er eine „allgemeine Amnestie und weitgehende Konzessionen, die der König von Preußen mit seinem Ehrenworte garantiert habe“. Schließlich sprach er von einigen Neuwahlkreisen, die man den Polen überlassen könnte, damit sie sich dort in der Selbstverwaltung versuchen“. Fürst Czartoryski besetzte sich nicht allzu sehr mit der Antwort. Als Bismarck fortwährend drängte und bis zum 8. März die definitive Antwort verlangte, habe ihm Fürst Czartoryski mit dem Schreiben vom 24. Februar 1864 ablehnend geantwortet, weil er Bismarck nicht traute. „Diese Antwort“, sagt der „Gaz“, die derselbe wörtlich mittheilt, war unangenehm, da sie den Nagel auf den Kopf getroffen hat. Aus dieser Episode geht hervor, daß — Bismarck, der damals mit dem befreundeten Ausland Hand in Hand ging, damals nicht allein den „Feind“ (d. i. die Polen) zu vernichten, sondern auch den „Freund“ (Austland) hinters Licht zu führen beabsichtigte.“

Daß Bismarck damals mit den Polen zu mangeln versuchte, ist richtig. Das wissen wir. Es wird überhaupt wohl keine Frage geben, in der er nicht doppeltes und mehr als doppeltes Spiel gespielt hat. Der französische Kaiser Napoleon kann ein Liedchen davon singen, und auch der österreichische Kaiser. Der einzige „Feind“, gegen den Bismarck mit seiner „genialen“ Politik des Doppelspiels ganz erfolglos operierte, und bei dem er sich nur Zutritte und Niederlagen holte, war die Sozialdemokratie. —

Zur Kammerhand. Die Zeitungen melden übereinstimmend, daß gegen das Aufsehen erregende Urtheil des Potsdamer Disziplinarhofes Berufung an den Reichs-Disziplinarhof zu Leipzig, der obersten Behörde in Disziplinarangelegenheiten eingelegt wurde. —

Eine „Wahlrechts-Reform“ wird auch in dem sachsen-weimarschen Ländchen geplant. Der Entwurf liegt bereits im Ministerium fertig vor. Soviel bis jetzt darüber in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, ist die seit Jahren erhobene Forderung der Einführung des direkten Wahlrechts für die weimarschen Staatsbürger unberücksichtigt geblieben. Es bleibt alles in der Hauptsache beim Alten. Die Veränderungen bestehen darin, daß die vier größten Städte allein in allgemeinen Wahlen je einen Abgeordneten wählen, während sie bisher mit den Dörfern wählten. Die Fähigkeit, direkt zu wählen, wird an ein

„Führten Sie ein Kommando?“
„Ich wurde während der ersten Belagerung zum Offizier erwählt und bin weder abgesetzt noch entlassen worden.“

„Warum sind Sie in Paris geblieben, anstatt nach Versailles zu gehen?“

„Ich habe von niemandem dazu einen Befehl erhalten. Die Regierung hat nach dem 18. März Paris verlassen, ohne uns ihren Willen irgendwie zu erkennen zu geben. Ueberdies waren die Wahlen zu der Kommune von der Regierung in Versailles autorisirt. Ich habe an die Gesetzmäßigkeit dieser Körperschaft geglaubt und dadurch, daß ich in Paris blieb, angenommen, am besten der Republik zu dienen.“

„Haben Sie die Waffen gegen die Regierung geführt?“

„Ich habe nie gegen die Republik gekämpft.“
In diesem Augenblick erschien der Polizist, welcher mich verhaftet hatte. Er war ganz außer Athem und befürchtete wahrscheinlich, zu spät zu kommen. Wahrscheinlich hatte ihn mein Bruder, dem bekannt geworden war, wohin man mich geführt, in aller Eile hergeschickt.

„Ich habe diesen Mann arreirt“, sprach er vortretend, „infolge eines regelrecht ausgefertigten Verhaftbefehles. Der Angeklagte ist ein Kommunar und einer der gefährlichsten Sozialisten.“

„Er hat ein vollständiges Geständniß abgelegt, die Sache ist beendet“, erwiderte der Oberst, welcher als Präsident fungirte.

„Wird es noch für diesen Abend sein?“ wandte sich ein Kapitän, der eine Abtheilung Soldaten führte, an den Obersten.

„Nein“, war die Antwort. „Die Leute müssen sich ausruhen. Er wird morgen früh erschossen.“

„Bin ich denn schon verurtheilt?“ wagte ich einzuwenden.

„Er besitzt noch die Freiheit, zu fragen!“

„Ich habe mich nicht verteidigen können, und es ist das doch ein Recht, welches man jedem Angeklagten einräumt. Man verweigert dasselbe nicht einmal den schlimmsten Verbrechern. Wird mir denn nicht einmal mein Urtheil vorgelesen?“
(Fortsetzung folgt.)

jährliches Einkommen von M. 4000 (bisher nur 3000 M.) gebunden. Die Grundeigentümer mit 4000 M. jährlicher Rente wählen nicht mehr zusammen vier Abgeordnete, sondern die Grundeigentümer jedes Verwaltungsbezirks wählen je einen Abgeordneten. Diese Änderungen würden eine kleine Vermehrung der Zahl der Abgeordneten herbeiführen.

Hier soll also auch nicht vorwärts, sondern rückwärts revidirt werden. —

Zunker und Bauer. Heute sind die Zunker noch die parlamentarischen Vertreter der Bauernschaft, obgleich die läbliche Ueberlegung den Bauern sagen müßte, daß der sie auslaufende Großgrundbesitzer nie ihre, sondern bloß seine Interessen vertreten wird. Doch auch bei den Bauern beginnt es zu togen, sie beginnen einzusehen, daß sie ihre Interessen selbst zu vertreten haben.

Ueber ein Fächchen schroffen Gegenseites zwischen Zunker und Bauer giebt die folgende Depesche aus Amberg (Oberpfalz) Aufschluß:

Wie der hiesigen „Volkszeitung“ aus Wiesau gemeldet wird, herrschte seit Kurzem in der benachbarten Gemeinde Fuchsmühl, welche einen Prozeß gegen den Freiherrn v. Zoller wegen ihrer Waldrechte angehängt, jedoch verloren hatte, weitgehende Erregung, die dahin ausartete, daß zweihundert mit Ketten und Sägen bewaffnete Leute in die Waldungen des Herrn v. Zoller eindrangen, dieselben verwüsteten und viel Holz wegschleppten. Da die Gendarmerie zur Unterdrückung des Unruhes nicht ausreichte, wurde telegraphisch Militär requirirt, welches heute, 50 Mann stark, in Wiesau eintraf.

Die „Amberger Volkszeitung“ meldet weiter aus Wiesau, daß das requirirte Militär heute Vormittag im Fuchsmühl Wald eintraf und die den Wald verwüstenden Bauern vertrieb. Zwei der letzteren sind infolge erhaltener Wapontwunden gestorben.

Lübeck für den Elbe-Trave-Kanal. Die Lübecker Bürgerchaft genehmigte die Einsetzung einer geheimen Kommission zur Berathung des Antrages auf Aufnahme einer Anleihe im Betrage von 10 Millionen Mark für den Elbe-Trave-Kanal. —

Zur Sprachenfrage in Istrien liegt die folgende telegraphische Meldung aus Triest vor:

Die Situation in Rovigno gestaltet sich immer drohender. In Porego hielt die Gemeindevorstellung eine stürmische Versammlung ab, in welcher ein Protest gegen die zweisprachigen Straßentafeln entworfen wurde. Der Podesta von Pirano verlangt die Entfernung des Militärs, weil die Anwesenheit desselben die Bevölkerung im höchsten Grade beunruhige. —

Die Sozialdemokratie und die Bauern. Nach der Ueberzeugung aller staatsbehaltenden Klugschwäger wollen bekanntlich die Bauern vom Sozialismus nichts wissen. Nun, hier der Beweis. Auf Seite 135 des von Hugo H. Hitzmann herausgegebenen Buches: „Die Land- und Forstwirtschaft in Oesterreich-Ungarn im Jahre 1893“ heißt es: „Eine neue Gefahr, welche in gleichem Maße, wie in Böhmen, vielleicht noch in keinem Lande der Landwirtschaft droht, bildet das Ueberhandnehmen der Sozialdemokratie in den von der Industrie durchsetzten Landbezirken auch bei der bäuerlichen Bevölkerung. In mehreren nördlichen und nordwestlichen Bezirken sind sozialistische Redner in landwirtschaftlichen Versammlungen ständige Erscheinungen, und sozialistische Kandidaten beginnen den bäuerlichen Abgeordneten ihre Mandate streitig zu machen.“
Der betreffende Referent ist durchaus nicht sozialistisch angekränfelt — er fordert sogar Ausnahmegesetze gegen die Ausbreitung der Sozialdemokratie auf dem Lande —, er heißt Karl Maria Hergel und ist der Generalsekretär der deutschen Sektion des Landes-Kulturathes für das Königreich Böhmen. —

Zur konfessionellen Gesetzgebung in Ungarn. Der vereinte Dreier-Ausschuß des Magnatenhauses nahm ferner den Gesetzentwurf betreffend die Rezeption der Juden unverändert an. —

Aus Ungarn wird uns geschrieben: Bismarck macht Schule! Die Schlappe, welche er mit seiner Politik erlitten hat, schreit seine Nachahmer nicht zurück! Was für Deutschland im Kleinen die Polenfrage war, das ist für Ungarn im großen die rumänische. Der von Bismarck eingeschlagene Weg zur Germanisirung der Polen schien den Ungarn gar nicht übel, und sie bewilligten einstweilen 5 Millionen Gulden zur Errichtung ungarischer Kolonien unter den Rumänen. — Der Patriotismus dient natürlich als Vorwand für diese Maßregel; aber wie sehr das gute Gefühl die ungarischen Kapitalisten in diesem Kampfe befeelt, das beweist die Thatsache, daß mehrere ungarische Kapitalisten sich zusammengeschan haben, um eine Bank zu begründen, deren Zweck der Einkauf rumänischer Güter und deren Bevölkerung mit ungarischen Arbeitern sein soll. Der billige rumänische Boden — billig durch die jetzt tobende Krise, billig durch die Rechtslosigkeit, in der sich seine Besitzer befinden — und der noch billigere ungarische Arbeiter, das wird „a nettes Geschäft“. Jedoch könnte den Ungarn die Erfüllung dieser Pläne auch schlecht bekommen; denn die schon zum Theil sozialistischen ungarischen Bauern, die man an der Nase doch nicht erkennen kann, werden gewiß ihren Procentsatz zu den Kolonisten liefern, und vermengen sie sich mit den sehr freibeitlich veranlagten rumänisch-siebenbürgischen Bauern, so könnten sie nach nicht langer Zeit ihre „Wohlbäter“ vielleicht zu ihren Feinden „stempeln“. —

Ein Erfolg der französischen Sozialisten im Kampfe gegen die Korruption war die fast einstimmige Annahme des Antrages Jaurès in der Angelegenheit Favette, des ehemaligen Rabinetschefs des Handelsministeriums (siehe Depeschen unserer letzten Nummer). Die Ordnungsgesetze, die durch den Kampf gegen die Korruption sich selbst bedroht fühlen, entrüsteten sich darüber, daß die Kammer noch so viel Schamgefühl besaß, den Antrag Jaurès nicht niederzustimmen.

Eine Pariser Depesche meldet hierüber: Die Blätter beschuldigen die Regierung, sich bei den Debatten in der gestrigen Kammer Sitzung betreffs der Anklagen gegen den Ministerdirektor Favette schwach gezeigt zu haben und durch die Annahme der von dem Sozialistenführer Jaurès beantragten Tagesordnung das Autoritätsprinzip geschwächt zu haben. —

Eine in späterer Abendsunde eingetroffene Depesche aus Paris meldet:

Zum heutigen Ministerrathe wurde ein von dem Handelsminister Courties vorgelegtes Dekret unterzeichnet, durch welches Favette seiner Stellung als Direktor im Handelsministerium entbunden wird. Der Justizminister Guérin theilte mit, daß die Akten in der Sache Favette der Staatsanwaltschaft übergeben seien. —

Aus Belgien. Aus Gent wird dem Wolff'schen Bureau unterm 30. Oktober telegraphirt:

Gestern Abend entstand vor dem katholischen Vereinshause ein heftiger Zusammenstoß zwischen einem Juge antisozialistischer Arbeiter und einem Juge Sozialisten. Die Polizei war u

so daß Gendarmerie einschreiten mußte; sie war genöthigt, von der Waffe Gebrauch zu machen. Mehrere Personen wurden verwundet. Die Ordnung ist vollständig wieder hergestellt.

Aus Mons wird dem „Herold Bureau“ gemeldet:

Trotzdem die Verhandlungen gegen Desjussaux bis nach der Kammeression verschoben waren, verlangt der Angeklagte jetzt, daß das Schwurgericht an dem ursprünglich festgesetzten Tage seinen Spruch fälle. —

Zum Wahlsieg unserer belgischen Bruderpartei wird uns von einem deutschen Parteigenossen aus Gent geschrieben:

Die Wabstschlacht ist geschlagen. Auch hier, in diesem erzkatholischen Lande, wo bisher der Klerus die unumschränkte Herrschaft hatte, triumphiert die Sozialdemokratie. Trotz des elenden Dreiklassen-Wahlrechts, das freilich recht günstig sich von dem preussischen unterscheiden, halten 23 Sozialisten und 5 Progressisten ihren Einzug ins Parlament; ein Erfolg, über den selbst die hiesigen Genossen erstaunt sind. Die belgische Arbeiterchaft hat die treffendste Antwort auf die verkommenen und heuchlerischen Angriffe gegen die „revolutionäre Internationale“ ertheilt. Das Zetergeschrei der „Ordnungsparteien“ gegen die „Gotteshäfler“ und „Vaterlandslosen“ hat also schlechten Anklang gefunden. Die gemeine Kampfweise der Gegner erinnerte mich sofort an die deutschen Septennatswahlen von Anno 1867 in meinem „theuren“ Vaterlande. Das Pfaffensthum mit seinen Agitatoren und Helfershelfern in Kirche, Schule und Weichstuhl, welches sich unseren Genossen mit seinem ganzen Haß entgegenwarf, hat nicht verhindern können, daß eine Masse seiner frommen, geduldigen Schäfchen sich von der Herde losgelöst und seine Gefolgschaft den Leithämmeln des Katholizismus verjagt hat.

Unsere Genossen, an der Spitze der bewährte Genosse Ansele, entsfalteten eine rührige Thätigkeit, in allen Distrikten, wo es nur irgend möglich war, wurden Volksversammlungen abgehalten, und die bisher am Ruher gewesenen Parteien einer gehörigen Kritik unterworfen. An den Tagen der Wahl war die ganze Bürgerwehr aufgeboden, sie konnte aber nicht in „Thätigkeit“ treten und mußte mit ihren Bajonetten und Revolvern wieder abziehen. Nur im „Vorurt“ dem Zentralkol der Genossen herrschte fröhliches Leben, eine Masse Volk war zusammengekömmt, das Lokal ertönte von den Klängen der Marseillaise, auch das rothe internationale Banner war gehißt, — was in meinem Vaterland der „Ordnung“ halber natürlich nicht gestattet ist —, und wehte lustig hoch im Winde.

So groß der Erfolg ist, so werden wir darum nicht auf unseren Vorbeeren ausruhen, sondern rüsten zu neuem Kampfe, bis der Sieg, die Erlösung des Proletariats aus der Knechtschaft des Kapitals errungen ist und so ist nach wie vor, hier wie in allen Landen, noch die Parole: Auf denn zum Kampfe, durch Kampf zum Siege!

In England mühen sich Liberale und Konervative um die Wette ab, die Gunst der Arbeiter zu gewinnen, um das Anwachsen der sozialistischen Arbeiterparteien zu verhindern. Zu dem Zweck nahmen bald diese, bald jene Politiker der beiden streitenden bürgerlichen Parteigruppen sozialistische Forderungen in ihr Programm auf. Der liberale Unionist Chamberlain hatte vor kurzem einen solchen Schachzug gemacht; jetzt übertrumpft ihn Asquith, der Minister des Innern in Gladstone's Kabinett, einer der jüngeren Abolitionisten, die zu weitgehenden Zugeständnissen an die Arbeiter bereit sind. In Laysport sprach er am Donnerstag über die Stellungnahme der Regierung und der Liberalen zum Sozialismus und zu den Bestrebungen der von ihnen ins Parlament entsandten „Arbeiterabgeordneten“.

Der Staat, sagte Asquith, habe die Pflicht, als Brotherr anderen Dienstherrn mit Bezug auf Arbeitsstunden, Lohn und Behandlung der Arbeiter durch menschenfreundliche und taktvolle Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Arbeiter mit gutem Beispiel voranzugehen. Nach dieser Richtung hin sei in den vergangenen zwei Jahren vieles angestrebt und verbessert worden. Ferner müßten die Fabrikgesetze nicht nur strenger zur Anwendung gebracht, sondern auch in ihrem Wortlaute strenger abgefaßt werden. Hinsichtlich der Arbeitstage habe der Staat ein vollkommenes Recht, nicht nur die Stunden für Weiber und Kinder, sondern auch für erwachsene Männer nach Bedürfnis abzufürzen. Wie die Dienstzeit der Bahnarbeiter bereits beschränkt worden sei, so werde es auch sein Bestreben sein, in gewissen gefährlichen und ungesunden Gewerksweigen zu gunsten der Arbeiter Vorkehrungen und Verfügungen zu treffen. Wie Chamberlain so wendet auch Asquith seine Theilnahme den über Gebühr angestregten Labordienern und Labormädchen zu.

Zum Schluß verfehlte Herr Asquith natürlich nicht, die Arbeiter zu ermahnen, sich ja nicht von den sozialistischen Agitatoren umgarnen zu lassen. Sobald sie eigene Arbeiterkandidaten aufstellen würden, könne das nur den Konservativen zu gute kommen. Da wird Herr Asquith hoffentlich tauben Ohren gepredigt haben. —

Bestrafung eines Soldatenschinders in Italien. Aus Venedig wird telegraphirt:

Das Appellationsgericht bestätigte das erste richterliche Urtheil, nach welchem der Lieutenant Blanc wegen Mißhandlung des Soldaten Evangelista zu siebenmonatlicher Gefängnisstrafe und einer Entschädigung von 2000 Frankl verurtheilt worden ist. In Deutschland ist uns ein ähnliches Urtheil mit Entschädigung des Mißhandelten nicht bekannt geworden. —

Das Leben des Zaren wird wohl nur noch nach Stunden gezählt werden können. Eine Petersburger Depesche meldet:

Das heute Vormittag 11 Uhr ausgegebene Bulletin lautet: Im Zustande des Kaisers ist eine wesentliche Verschlechterung eingetreten. Das Blutspieen, welches gestern Abend anfang, hat sich bei anhaltendem Husten Nachts vergrößert; es zeigte sich eine beschränkte Entzündung der linken Lunge. Der Zustand ist gefährlich. —

Die christliche Kultur, die das „zivilisirte“ Europa nach Afrika trägt, scheint all über einen Leich geschlagen zu sein. Ueber den „Kongostaat“, dieses vielgerühmte Produkt christlich-internationaler Staatskunst, wird dem (bekanntlich offiziellen) „Hamburger Korrespondent“ geschrieben:

Brüssel, 26. Oktober. Dem Kongostaat stehen arge Verdrießlichkeiten bevor. Schon früher hatte man den Kongostaat angeschuldigt, Sklavenhandel unter der Fahne der Zivilisation zu treiben und auch die Kongobeamten angeklagt, einen nicht weniger als moralischen Lebenswandel in Afrika zu führen. Die kongostaatliche Presse hatte diese Anklagen als unberechtigt und übertrieben bezeichnet, aber nunmehr tritt der apostolische Vikar am Ubongi, Mgr. Anguard, mit einer Anklageschrift gegen den Kongostaat hervor, welche mit Recht das größte Aufsehen hervorruft. Es wird dargelegt, daß der Kongostaat einen vollständigen Sklavenhandel betreibt, daß viele seiner Angestellten das schamloseste Leben führen. Unter dem Deckmantel der Zivilisation und der Humanität betreibt der Staat selbst den Sklavenhandel, steckt mit Gewalt die Regier in die Armee, und die sich nicht willig fügenden Schwarzen müssen an der Kette arbeiten. Offiziere stecken mit arabischen Regierhändlern unter einer Decke, um sich Eisen und Sklaven zu verschaffen. Die Karawanenstraße des Unterlongo ist schon seit Jahresfrist durch die Erhebung der Eingeborenen gesperrt, weil gewisse Kongobeamte nicht nur die

Mielweiberei im Großen betreiben, sondern auch nicht zu schildernde schamhafte Mißbräuche begreifen. Der Staat liefert amtlich den Weisen Regierungen, erklärt aber alle Kinder für Staats-eigentum. Schon dieser Auszug wirft ein helles Schlaglicht auf die langgestaltete Mißwirtschaft. Die katholischen Blätter sprechen sich mit größter Entrüstung aus, weisen jede Gemeinschaft Belgiens mit diesen Unsitzen zurück und verlangen von den Kammern, keine Bewilligung für den Congo auszusprechen, bevor nicht eine strenge Untersuchung die wahre Lage festgestellt hat.

Also — vom Negerhandel ganz zu schweigen — die richtige „Schweinewirtschaft“ und „Karnickelwirtschaft“ mit „freier und freier Liebe“! Und — die Kinder Staats-eigentum! Und diese Greuel verübt von Anhängern der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung. Man sieht, wie recht wir haben, wenn wir sagen, daß unsere „für Ordnung, Sitte und Religion“ kämpfenden Feinde nur in den Spiegel sehen, wenn sie der Sozialdemokratie allen möglichen Schmutz anhängen. Die Herren geben ihrem eigenen Bild nur eine falsche Benennung.

Parteinachrichten.

Von der Agitation. Vierzehn Versammlungen fanden am letzten Sonntag im Kreise Offenbach statt, in denen Delegierte des sozialdemokratischen Parteitag in Frankfurt über „Die Sozialdemokratie und ihre Gegner“ sprachen. Alle waren gut, ja zum Teil außerordentlich besucht und nahmen einen glänzenden Verlauf. Nur in Heusenstamm und Hensburg kam es zu Auseinandersetzungen mit den überwachten Beamten. — In Mainz sprach am gleichen Tage der Genosse **Bebel** in der Stadthalle vor etwa 5000 Personen. Auch er hatte sich das „sehr zeitgemäße“ Thema gewählt; seine Ausführungen wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. — Genosse **v. Wächter** referierte ebenfalls am Sonntag, den 28. d. M. in Köln in einer von ca. 2000 Personen besuchten Versammlung.

Die Wahlagitation im 2. anhaltischen Wahlkreise wurde in letzter Stunde von unsern Genossen noch recht lebhaft betrieben; am letzten Sonntag unternahm 70 Genossen von Dessau aus eine Agitationstour nach dem Götthener Kreise. Dasselbe geschah von den Halberstädter, Quedlinburger, Ascherslebener und Stahlfurter Genossen nach dem Bernburger bzw. Ballenstedter Kreise. Die Aufnahme der Flugblatt-Verbreiter war im Großen und Ganzen eine äußerst freundliche. Nur einige wenige Gegner vergaben ihre „Bildung“ und „gute Erziehung“ soweit, daß sie sich zu den gemeinsten Grobheiten gegenüber unsern Genossen verhielten. — Heute, Dienstag, ist die Wahl und werden unsere Leser mit diesen Zeilen zugleich auch das vorläufige Resultat durch das mittlerweile eingetroffene Telegramm erfahren.

Parteiliteratur. Ueber den Mannheimer Hochverraths-Prozess ist eine Broschüre erschienen, die von der Expedition der Mannheimer „Volkstimme“ für 20 Pfennig zu beziehen ist.

Das Resultat der Taugiger Gewerbegerichts-Wahlen ist nunmehr vollständig bekannt. Es entfielen Stimmen auf die einzelnen Bezirke:

1. Bezirk sozialdemokratische Liste 318, Gegner 96 Stimmen.
2. „ „ „ 113, „ 78 „
3. „ „ „ 145, „ 125 „
4. „ „ „ 112, „ 55 „

Es entfielen somit auf die sozialdemokratische Liste 384 Stimmen mehr als auf die Liste der vereinigten Gegner. Neu gewonnen wurde der 3. Bezirk, während die anderen schon früher von Sozialdemokraten besetzt waren.

Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in Sachsen. Unter diesem Titel rubrizieren unsere sächsischen Parteiblätter jeden Tag die Verfolgungen, Maßregelungen etc., deren die Partei von den Behörden ausgeht. Wir sind natürlich schon wegen Mangel an Raum nicht in der Lage, alle diese Notizen vollständig wieder zu geben und beschränken uns deshalb in der Regel auf kurze Registrierung der Vorfälle. Hier und da jedoch ist es doch angebracht, von dieser Gepflogenheit abzuweichen und die immer üppiger treibenden Polizeiverfolgungen unsern Lesern in vollem Umfang vor Augen zu führen, um diesen zu voller Würdigung zu verhelfen. Das halten wir auch bei nachfolgendem Bericht für angebracht, welcher der „Sächs. Arbeiter-Zeitung“ aus Glauchau weicht: Nichts geht über unsere sächsische Polizeipraxis. Täglich treibt sie neue und wunderbarere Blößen. Welche scheinen für sie nicht zu bestehen. Wenigstens ergibt sich das aus folgendem: Hier sollte am 24. Oktober eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung stattfinden, zu welcher der Kollege Häblich aus Dresden als Referent angetreten war. Der Einberufer meldete die Versammlung rechtzeitig an, und da diesmal der Einberufer die Anmeldung eigenhändig geschrieben hatte, so erwartete man, daß die Versammlung nicht verboten würde. Man sollte jedoch bald eines Anderen belehrt werden. In letzter Stunde schickte man einen Schutzmännchen nach dem Arbeitsplatz (1) des Einberufers, um denselben sofort nach dem Rathhaus zu holen. Diese Art der Vorladung sollte für den Einberufer verhängnisvoll werden, denn der Herr Baumeister war am Bauplatz anwesend und frug den Schutzmännchen, was der Arbeiter auf dem Rathhaus solle. Der Schutzmännchen gab Auskunft und die Folge war — sofortige Entlassung des Einberufers und noch eines Kollegen. Und was war nun das Verlangen der Behörde, daß indirekt einige Arbeiter außer Lohn und Brot brachte? Es wurde dem Einberufer mitgeteilt, daß die Versammlung zu spät angemeldet sei, man habe keine Zeit gehabt, sich nach dem Referenten zu erkundigen, man wüßte nicht, was das eigentlich für ein Mann sei. — Nun hatte aber der Einberufer die Versammlung 48 Stunden zuvor angemeldet, und das Vereinsgesetz verlangt nur 24 Stunden, somit war das Vorgehen der Behörde ungesetzlich. Wo steht denn im Vereinsgesetz, daß der Redner in der Anmeldung angegeben werden muß, damit sich die Behörde nach demselben erkundigen kann? Nirgends! Deshalb ist das Vorgehen der Polizei noch viel weniger gerechtfertigt. Damit war's aber noch nicht genug. Am 25. Oktober meldete der Kollege Häblich in Gemeinschaft mit einem Ortsangehörigen wiederum eine Versammlung für den 26. Oktober an, aber auch diese wurde verboten mit der Begründung, daß Kollege Häblich im Verdacht stehe, zu Gesetzesübertretungen geneigt zu machen. So, jetzt waren die Glauchauer Bauhandwerker endgültig vor solchen gefährlichen Versammlungen bewahrt. Jedenfalls wirkt dieses Vorgehen der Behörde besser, als zehn Versammlungen, denn die Bauhandwerker fühlten sich durch dieses Vorgehen der Behörde so in ihrem Rechte beschränkt, daß dieselben auf den Bauten, wo man sie aufsuchte, erklärten, daß sie nun erst recht zur Organisation halten würden.

Die diesjährigen Leipziger Stadtverordneten-Wahlen sollen im Dezember stattfinden und zwar, wie bereits mitgeteilt, nach dem neuen reaktionären Wahlsystem. An der Genehmigung des neuen Wahlsystems seitens des Ministeriums wird nicht im geringsten gezweifelt, man erwartet dieselbe schon im Laufe dieser Woche. — Auch wir zweifeln keinen Augenblick, daß das sächsische Ministerium den „Umsturz“ des früheren Wahlsystems gut heißen wird.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Wegen Vergehens gegen das preussische Vereinsgesetz waren drei Vorstandmitglieder der Filiale des Zentralvereins der Fabrikarbeiter u. s. w. Deutschland vom Altonaer Schöffengericht zu je 40 M. Geldstrafe verurtheilt, wegen sie Verurteilung eingeleitet haben. Es handelt sich darum, daß die Angeklagten eine öffentliche Versammlung arrangirt haben, in der öffentliche Angelegenheiten erörtert worden sein sollen. Die Angeklagten behaupten, daß die betreffende Versammlung eine Vereins-Versammlung nicht gewesen sei. Das Landgericht ist anderer Meinung. Die erkannte Strafe wird aber auf 20 M. ermäßigt.

— Wegen Beleidigung der „Reichstreuen“ war der Redakteur der „Boigtland-Volks-Ztg.“, Genosse **Künzel**, vom Falkenheiner Gericht zu zwei Monaten Zuchthaus verurtheilt worden. Trotzdem in dem Artikel keinerlei Namen genannt waren und trotzdem, daß **Künzel** nur Angriffe gegen die Partei und seine Person damit abzugeben suchte, wurde weder der § 193 ihm abgebilligt, noch wurde seine Gegenseite angenommen. Die Revision wurde vom Reichsgericht verworfen.

— Der allernächste Kurs ist in Elberfeld bereits zur Anwendung gekommen. Wie die Elberfelder „Freie Presse“ mittheilt, hat die dortige Polizei vier Personen ausgewiesen. Die Arbeiter **Tausch** und dessen Frau, **Petrac** und **Fürtner** hatten sich beim Polizei-Inspektor einzufinden, wo ihnen eröffnet wurde, daß sie innerhalb drei Wochen den Bundesstaat Preußen zu verlassen haben. Mit Ausnahme der Frau **Tausch** sind alle drei Oesterreicher. Die Ausweisung ist erfolgt auf Grund der Gesetzesbestimmung, wonach Ausländer, die „lästig gefallen sind“ ausgewiesen werden können. Das „lästig“ besteht darin, daß dieselben öffentlich die kapitalistische Gesellschaftsordnung bekämpft haben. **Tausch**, **Petrac** und **Fürtner** bekannten sich als Anarchisten und gehörten deren Organisation an. Frau **Tausch**, welche Reichsangehörige ist, ersuchte um Aufschub der Ausweisung, bis ihr Mann anderswo eine Existenz gefunden habe. Sie motivirte dieses Ersuchen damit, daß sie sich während dieser Zeit selbst ernähren könnte. Doch man belandete ihr, daß auch sie sich politisch thätig gezeigt und somit lästig gefallen, und da ihr Mann Oesterreicher sei, habe sie gleichfalls die deutsche Reichsangehörigkeit verloren. Also fort damit, hinaus in die Fremde!

— Beschlagnahme wurde in Selsenkirchen die am letzten Sonnabend zur Ausgabe gelangte Nummer der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“, und zwar, wie es heißt, auf telegraphische Requisition aus Berlin. Vorgesunden wurden 16 Exemplare.

Soziale Uebersicht.

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter im Regierungsbezirk Aachen im Jahre 1893. Dem Jahresbericht des Königl. Gewerbe-Rathes entnehmen wir folgendes: Im Regierungsbezirk Aachen betrug 1893 die Zahl der in 560 gewerblichen Anlagen beschäftigten jugendlichen Arbeiter 3901 (2223 männliche, 1678 weibliche); dazu wurden 12 Kinder beschäftigt (3 männliche, 9 weibliche). Eine Vergleichung dieser Zahlen mit denen des Vorjahres ergibt, daß die Zahl der jugendlichen Arbeiter um 104 zugenommen, die der Kinder um 36 abgenommen hat. Die Zunahme der jugendlichen Arbeiter ist im Wesentlichen auf den besseren Geschäftsgang in den Spinnereien zurückzuführen. Die Zahl der Arbeiterinnen über 16 Jahre betrug im Berichtsjahre 14 718 gegen 14 302 im Vorjahre, jedoch die Zunahme 416 oder 2,9 pCt. beträgt. Auch hier ist der Zuwachs hauptsächlich dem flotten Geschäftsgange in den Spinnereien zuzuschreiben. 9890 oder 65 pCt. aller erwachsenen Arbeiterinnen entfallen auf die Textilindustrie, und zwar auf Spinnereien und Webereien. Ueber die Arbeiter im Allgemeinen wird berichtet, daß der Wechsel unter den Arbeitern sehr gering war. Ausstände kamen nur ganz vereinzelt vor. Einiges Interesse beanspruchte wegen seiner größeren Ausdehnung ein in einer Aachener Tuchfabrik ausgebrochener Ausstand, der seine Ursache in einem Lohnstreit hatte. Es währte fast vier Wochen, bis eine Einigung zu Stande kam. — Da die Geschäftslage in dem hervorragenden Industriezweige des Bezirks — der Textilindustrie — befriedigend war, so fehlte es den Arbeitern im Allgemeinen nicht an Beschäftigung; auch die Löhne blieben auf den bisherigen Höhen.

Wie sich die Mühlenbesitzer die Verbesserung der Lage der Müllergesellen denken. In Weichen kamen letzte Woche 170 sächsische Mühlenbesitzer zusammen; sie haben beschloffen, der Reichsregierung eine Maximalarbeitszeit von 16 Stunden zu empfehlen. Ihre Bescheidenheit hatte damit ihre Grenze durch- aus noch nicht erreicht, sie verlangen Ueberstunden nur an 20, 50, sogar 100 bis 200 Tagen. Eine Sonntagsruhe für Gesellen und Lehrlinge wird an 33 Sonntagen mit je 18 bis 24 Stunden für durchführbar gehalten. Die Ruheabsonntage sind nur der Zahl nach zu bestimmen, nicht der Reihenfolge nach. An den hohen Festen könnten den Gesellen und Lehrlingen eine 48stündige Ruhezeit gewährt werden (Ausnahme bei Frost zu Weihnachten). Eine einheitliche Regelung der Arbeitszeit sollte überhaupt nicht möglich zu sein, da z. B. in den meisten Fällen eine 18stündige Arbeitszeit in kleineren Betrieben bis zu zwei Arbeitern weniger anstrengend sei, als eine 12stündige in größeren Betrieben bis zu 10 und mehr Arbeitern.

Eine Weltausstellung für Hotel- und Reisewesen ist für das Jahr 1895 in Amsterdam geplant. Aus Frankreich, Belgien und Italien sind schon zahlreiche Vorstellungen auf Raum im Ausstellungsgebäude eingelaufen, auch in England haben sich Komitees gebildet, nur Deutschland hat sich bisher passiv verhalten.

Moderne Banerlegen. In Krain hat nach dem Bericht eines dortigen Sachverständigen die Qualitätsverbesserung des Rindviehes in den letzten 20 Jahren ungefähr 50 pCt. betragen. Dagegen ist die Quantität, besonders in den Alpenbezirken bedeutend zurückgegangen. Als Gründe werden angegeben: Unrichtige Regulirung der Alpenweide auf den ehemaligen Dominicalbesitz; Zusammenlaß von großen Ländereien zu Jagdwäldern; zu welchem Behufe die Bauern durch unerlaubte Machinationen gezwungen, bzw. überredet werden; der große Vorzug, welcher der Jagd gegenüber der Landwirtschaft gegeben wird (d. i. von den Behörden). Aus allen diesen Gründen ist binnen eines Decenniums z. B. der Viehstand nur in einem einzigen, d. i. im Radmannsdorfer Gerichtsbezirke um 3000 Stück Großvieh gefallen. Leider wollen die maßgebenden Faktoren die schweren Folgen dieses Treibens nicht einsehen, welches den Ruin vieler hundert Bauerngüter im Gefolge haben wird. — So der bürgerliche Fachmann. Wir haben seinen Worten nichts hinzuzufügen.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Metallbrüder! Die gesammten Metallbrüder (außer einem) der Firma **Lucart**, Ritterstraße, haben wegen Differenzen mit ihrem Arbeitgeber heute die Arbeit niedergelegt. Zutritt ist streng fernzuhalten.

Der Vorstand des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Au die Schneider und Schneiderinnen! Auf Grund der in letzter Zeit viel erörterten Ereignisse in unserem Gewerbe, vorzugsweise der verschiedenen Konfektionsformen, machen wir nochmals auf die am 31. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, in allen

Stadttheilen stattfindenden Werkstatt- und Geschäftsbesitzern-Sitzungen aufmerksam: im Norden bei Kleinert, Müllerstr. 7a, und Augustin, Kastanien-Allee 11; im Osten bei Witte, Andreasstraße 26; im Südosten bei Jablonski, Raunaystr. 37; und am Donnerstag, den 1. November, Abends 8 1/2 Uhr, bei Trittelwitz, Falkensteinstr. 7.

Die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen.

Der Vorstand des Verbandes Deutscher Buchbinder macht bekannt, daß vom 1. November d. J. bis Ende Februar n. J. Mitglieder, welche eine mindestens 13- bis 26wöchentliche Mitgliedsdauer nachweisen und dafür ihre Beiträge entrichtet haben, pro Kilometer 1/4 Pfennig erhalten, solche mit 26wöchentlicher und noch längerer Mitgliedsdauer und Beitragsleistung 2/3 Pfennig pro Kilometer ausbezahlt bekommen. Mitglieder von im Gegenseitigkeitsverhältnis stehenden Vereinen, welche sich durch die grüne Karte = Legitimationskarte als Mitglieder solcher Vereine ausweisen, erhalten bei mindestens 13wöchentlicher Mitgliedschaft pro Kilometer 1/4 Pfennig.

Der Seidenweberstreik in Bielefeld dauert fort; der Kampf steht augenblicklich still, weder die Streikenden, noch die Unternehmer geben nach. Streikbrecher von außerhalb haben sich noch nicht gefunden, dagegen hatten drei Mädchen die Arbeit wieder aufgenommen, die Eine jedoch hat bereits wieder aufgehört.

Warnung für Streikbrecher! Die Glasarbeiter, welche den Streikenden in Oldenburg in den Rücken gefallen waren, und anfänglich einen hohen Lohn erhielten, mußten sich nun, wie „Der Hochgenosse“ mittheilt, einen nicht unerheblichen Theil ihres Lohnes abziehen lassen. Es geht eben den Herren Streikbrechern genau, wie den „Nicht-Gelehrten“, man liebt wohl den Verrath, aber nicht den Verräther und Verräther an der Sache der Arbeit, an sich selbst, sind eben die Streikbrecher auch.

Versammlungen.

Im Zentralverband Deutscher Brauer (Zweigverein Berlin) erörterte man in der letzten Monatsversammlung die Zweckmäßigkeit einer Aussprache mit den deutschen Kollegen hinsichtlich der Wirkungen des Boykotts. Der Vorsitzende **Hilpert** erinnerte daran, daß der für August d. J. geplante Delegirtenkongress so lange verschoben sei, bis die Arbeitsverhältnisse in Berlin als geregelt zu betrachten sind. Da jedoch dieser Zeitpunkt gegenwärtig noch nicht annähernd zu bestimmen sei, empfehle es sich, eine Sitzung des Zentralvorstandes in Hannover stattfinden zu lassen, wo die schwebenden Fragen geregelt werden könnten. Das Resultat der Debatte war, daß man den genannten Vorschlag unterstützte und zum Beschluß erhob; auf Antrag **Nichter** wurden dem Berliner Vertreter Anträge mit auf den Weg gegeben, dahingehend: 1. Den allgemeinen Delegirtenkongress unter allen Umständen im nächsten Frühjahr in Berlin abzuhalten und die Kosten dafür auf die Lokalfassen zu übernehmen. 2. Durch Umfrage in den verschiedenen Arten eine Arbeitslosenstatistik aufzustellen und 3. Vorkehrungen zu treffen, um die Berliner Ausgesperrten nach Möglichkeit in Arbeit zu bringen. Städte, welche Delegirte auf eigene Kosten entsenden wollen, sollen ersucht werden, sich in Hannover vertreten zu lassen. — In anbetrach der gegenwärtigen kritischen Zeit beschloß man, die Neuwahl des Vorstandes bis auf weiteres zu verschieben; es soll jedoch in Kürze eine Generalversammlung einberufen werden, welcher der Klassenbericht vorgelegt werden wird. Hilpert nahm Veranlassung, ausdrücklich zu betonen, daß die Sache der Ausgesperrten durchaus nicht ungünstig sieht; die pessimistischen Annahmen, welche sich hier und dort zeigen, seien nur auf mangelhafte Information zurückzuführen, die Organisation werde über diese schwere Zeit ungefährdet hinwegkommen.

Depeschen.

(Privat-Telegramm des „Vorwärts“.)
Verenburg, 30. Oktober. (Endresultat 10 Uhr.) Bei der Ersatzwahl im 2. anhaltischen Wahlkreise erhielten Schulze 9195, Friedberg 10 652, Fischer 2642, Baumbach 2120 Stimmen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)
Berlin, 30. Oktober. Gutem Vernehmen nach ist der Fürst zu Hohenlohe-Langenburg zum Statthalter von Elsaß-Lothringen ernannt.

Budapest, 30. Oktober. Der Erklärung Franz Ruffuths, daß er die Loyalität gegenüber der Krone bewahren und die politischen Theorien seines Vaters nicht befolgen wolle, sondern die bestehenden Rechtszustände als Grundlage anerkennen werde, wird vielfach die Bedeutung beigemessen, Franz Ruffuth werde auf die künftige Haltung der äußersten Linken umgestaltend und reformirend wirken.

Paris, 30. Oktober. Deputirtenkammer. Der Präsident verlas eine Mittheilung des Kriegsministers, daß der sozialistische Deputirte Mirman, welcher sein Lehramt verlassen hat, vom 1. November dieses Jahres ab seiner militärischen Dienstpflicht genügen muß. (Verbaste Protestrufe auf der äußersten Linken.) Der Ministerpräsident Dupuy wies die Unmöglichkeit nach, militärischen Dienst zu thun und zugleich seinem Abgeordneten Mandat nachzukommen. Mehrere Redner von der äußersten Linken traten für die entgegengesetzte Ansicht ein. Der Kriegsminister unterließ die Ausführungen Dupuy's und sagte, wenn man die Armee von der Politik unberührt lassen wolle, so könne man auch keine Deputirten in dieselbe einführen. Darauf wurde die Diskussion geschlossen. Mehrere Tagesordnungen wurden eingebracht. Die von Goutoron beantragte Tagesordnung, welche das Vertrauen zu den Erklärungen der Regierung ausdrückte, wurde mit 307 gegen 215 Stimmen angenommen. (Festige Protestrufe auf der äußersten Linken.) Die Sitzung wurde darauf geschlossen.

London, 30. Oktober. Den „Times“ wird aus Yokohama vom 29. d. M. gemeldet, eine dritte, 24 000 Mann starke Armee werde in Hiroshima verammelt.

Yokohama, 30. Oktober. (Meldung des „Neuer'schen Bureaus“.) Die zweite japanische Armee landete oberhalb der Talienbai und rückt gegen Port Arthur vor. Die chinesische Armee in Kinchow, Port Arthur und Talienbai beträgt 13 000 Mann, worunter sich 4000 Rekruten befinden. Die zweite japanische Division ist von Sendai an der Ostküste von Nippon abgegangen. Unter den Truppen und der Bevölkerung herrscht großer Enthusiasmus.

(Depeschen-Bureau Herold.)

Lemberg, 30. Oktober. Es verlautet, daß im Auftrage des Fürstbischöfs Kopp gegen den Pfarrer Parzybara in Tschien, welcher die polnische Jugend zur Ausstellung nach Lemberg führte und für die Errichtung eines polnischen Gymnasiums in Schlessien Propaganda machte, die Disziplinaruntersuchung eingeleitet worden ist. Der Fürstbischöf soll geäußert haben, er werde der polnischen Geistlichkeit seiner Diözese die Lust zu politischen Wählerreien vertreiben.

Haag, 30. Oktbr. Die gesammte Presse nimmt mit Genugthuung Notiz von einem Urtheil des Kriegsgerichts, das einen fahnenflüchtigen Soldaten zu einem Monat Gefängniß verurtheilt hat.

Brüssel, 30. Oktober. Heute Nachmittag traten im Volkshause 33 sozialistische Kammer-Abgeordnete zusammen. Nach eingehenden, oft stürmischen Beratungen wurde der Beschluß gefaßt, daß die Sozialisten bei den bevorstehenden Erneuerungen von 26 Senatoren durch die Provinzialräthe alles aufbieten sollen, um einige Sozialisten in den Senat zu bringen.

Arbeiter! Parteigenossen!

Die Verhandlungen wegen Beendigung des Bierbojkotts sind abgebrochen worden, weil die Ringbrauereien eine Bedingung stellten, deren Annahme mit der Ehre der Arbeiterschaft unvereinbar ist. Die Vertreter des Brauerings hätten die Stirn zu fordern, daß der Friedenschluß davon abhängig gemacht werde, daß 33 Arbeiter nie mehr in den Betrieben der Ringbrauer beschäftigt werden.

Arbeiter! Parteigenossen! Ohne jeden Anlaß seitens der betreffenden Arbeiter sind am 16. Mai Hunderte auf Pflaster geworfen worden. Und nun sollen nach monatelanger Aufspernung, nach monatelangen Entbehrungen dreihundert Arbeiter dauernd dem Elend, für immer der Existenzlosigkeit, also dem langsamen Zugrundegehen überliefert werden, dreihundert Mann, von denen keiner Schuld an dem Bojkott trägt. Sie sollen als Opfer des Kapitalistenübermuthes auf der Straße bleiben. An der barbarischen Doppelbestimmung des 16. Mai hatte der Brauering nicht genug — seine Rache verlangt die Vernichtung von weiteren dreihundert Existenzen.

Arbeiter! Genossen! Wir wissen, daß wir in Eurem Sinne gehandelt haben, als wir diesem ungeheuerlichen Aufstrome ein empörtes kurzes Nein entgegensetzten und die Verhandlungen abbrachen. Die Arbeiter Berlins konnten und wollten einen ehrlichen Frieden schließen; niemals aber werden wir unsere Hand dazu bieten, niemals werden die Klassenbewußten, in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie organisierten Arbeiter dulden, daß ein

eheloser Friede

geschlossen wird.

Nun ist die Entscheidung getroffen. Der Bojkott muß mit erneuter und vermehrter Energie fortgeführt werden. Die Parole

Kein Tropfen Ringbier

muß mit unwiderstehlicher Macht zur Durchführung gelangen.

Jeder einzelne Arbeiter muß seine ganze Kraft aufwenden, um den Bojkott zur vollen Wirkung zu bringen. Dazu ist nöthig, daß die gesammte Arbeiterschaft mit verdoppelter Kraft Hand ans Werk legt, die zur Organisation, Ueberwachung und Durchführung des Bojkotts erforderlichen Maßregeln energisch zu unterstützen.

Es bedarf aller Kraft, aller Energie, denn die Brauerdirektoren haben offen erklärt, die Unterwerfung der Berliner Arbeiterschaft durch neue Massennachregelungen erzwingen zu wollen!

Arbeiter, Parteigenossen! Der Brauering hat zwar Millionen zur Verfügung und wird in diesem Klassenkampfe auch fernerhin Hunderttausende opfern; hinter uns aber stehen die Massen, auf unserer Seite ist das Recht, ist die Begeisterung, ist der Opfermuth. Und an Euren Opfermuth appelliren wir abermals.

Die unschuldigen Opfer kapitalistischen Uebermuthes dürfen nicht dem Hunger preisgegeben werden. Seit Monaten liegen diese Hunderte existenzlos auf der Straße. Wir wenden uns deshalb an die Arbeiter von ganz Deutschland um thatkräftige und schnelle Unterstützung.

Der Kampf ist uns aufgezwungen worden. Die Berliner Arbeiterschaft hat den Handschuh aufgenommen und sie wird den Kampf durchführen bis zum Ende.

Arbeiter! Euer Klassen-Interesse nicht bloß, Eure Klassen-Ehre ist im Spiel. Da giebt es keinen anderen Gedanken als Sieg!

Vorwärts zum Sieg! Kein Tropfen Ringbier! Hoch der Bojkott!

Die Bojkott-Kommission.

Bojkottfreies Bier liefern:

- Brauerei Carlsberg, Friedrich Reichenkron, Charlottenburg.
- Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
- Brauerei Pichelsdorf, Direktor Hoffmann.
- Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Süddeutsche Brauerei, Karl Rintz u. Co., Berlin.
- Brauerei Müggelschlöfchen, Friedrichshagen.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.
- Nathenower Exportbrauerei-Niederlage, Juh. Max Demhardt, N.W., Hannoverstraße 18a. Tel. III. 8178.
- Schloßbrauerei, Fürstenwalde, Niederlage bei Franz Heiser, N., Liesenstr. 5.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. O., Niederlage Greifswalderstr. 228.
- Phönix-Brauerei, C. Radon, Lichterfelde.
- Brauerei Jagdschlöfchen, Eberswalde, Niederlage E. m. Kenter, Swinemünderstr. 45.
- Brauerei Tivoli, Straußberg, Niederlage Stabernad, Mühlenstraße 49a.
- Louisen-Brauerei, Bellermannstr. 71a/72.
- Brauerei Danz, Freienwalde a. O., Vertreter: W. Marten, N., Gartenstr. 152.
- Bürgerliches Brauhaus, Ludenwalde, Niederlage Gust. Spielermann, Weberstr. 66.
- Export-Brauerei Grabow a. O. bei Stettin, Niederlage Martzen, Bellermannstr. 6.

Lokales.

Die Sprechstunde des Rechtsanwalts wird jetzt wieder Mittags von 12 bis 1 Uhr abgehalten.

„Hier wird kein Ringbier ausgeschenkt.“ Findige Geschäftsleute wissen aus Allem ihren Nutzen zu ziehen; warum nicht auch aus dem von bürgerlicher Seite so sehr verwünschten Bierbojkott? Von einem Parteigenossen wurde und gestern ein Plakat auf die Redaktion gebracht, das er für boare 15 Pf. in der Buchdruckerei von Lehmann in der Mäuzstraße 29 gekauft hatte. Das Plakat enthält, auf hübschem rothem Papier gedruckt die von der Berliner Arbeiterschaft gern gelesenen Worte: „Hier wird kein Ringbier ausgeschenkt“ und steht jedermann aus dem Bolle der Biermögler, der seine 15 Pfennig dafür anlegen will, gegen Baarzahlung zur Verfügung.

Diese bescheidene Leistung aus dem Bereiche der schwarzen Kunst wird die Arbeiterschaft zu verdoppelter Wachsamkeit anregen.

Sie wird nur den Plakaten Werth beilegen, die auf Karton aufgezogen sind und außer der Unterschrift „Die Bojkott-Kommission“ auch den Stempel der letzteren tragen. Wirthe, die nur Plakate mit der einfachen Aufschrift: „Hier wird kein Ringbier ausgeschenkt“ in ihrem Lokal ausgehängt haben, wollen ihre Gäste durch Biermogeleyen hintergehen. Man hüte sich vor solchen Betrugern.

Der Bierbojkott hat Staatsanwaltschaft und Polizei auch gegen unseren Genossen Feller in Köpenick in Bewegung gesetzt. Feller hatte in der Nacht zum 15. Juli ein schweres Verbrechen begangen. Gehüllt in unheimliches Dunkel war er dahingekommen, um gegen friedsam-stille Menschen, die staats- und monarchentreu den Schlaf des Gerechten im Königreich Preußen schlielen, unheimliches Verbrechen zu sponen. Aber wie so häufig, wachte aus diesmal das Auge des Gesetzes, und zwei tapfere Männer, die in Köpenick in Ehren als Nachwächter grau geworden waren, saßen den Bösewicht dabei ab, wie er Fettel an die Mauern kletterte, auf denen zum Bojkott des Saalverweigerers Scherz angefordert wurde. Diese in stiller Sternennacht vollführte That hatte zunächst die übliche Sistrung und darauf einen ganzen Mattenlöng in von Anlagen zur Folge. Feller soll sich vergangen haben: 1. Wegen Verstoßes gegen die Polizeiverordnung, laut welcher in Köpenick bei einer Strafe von 5 M. Plakate nur an Aufschlagstulen angeklebt werden dürfen. 2. Wegen Zuwiderhandelns gegen das Preßgesetz, begangen durch Richtnennung von Drucker und Verleger auf den erwähnten Zetteln. 3. Wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, angeblich begangen durch Widersetzlichkeit bei der Verhaftung. 4. Wegen Beleidigung des Restaurateurs Scherz. Diese Beleidigungen sollten in einem von dem Angeklagten verantwortlich gezeichnetem Flugblatt enthalten sein, in welchem

dargelegt wurde, aus welchen Gründen das Scherz'sche Lokal boykottirt werden müsse. Das Landgericht II Berlin, das zuerst mit diesen Dingen befaßt wurde, hatte einen Theil der Anlagen an das Schöffengericht zu Köpenick verwiesen, und dieses verurtheilte Feller wegen der beiden ersten Vergehen zu 20 Mark, ferner wegen des Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 30 Mark Geldstrafe; der Amtsanwalt hatte zusammen 14 Tage Gefängniß beantragt. Hierauf lud dann die Strafkammer des Landgerichts II Berlin Feller zu einer Verhandlung, in welcher er sich auf die zwei Anlagen verantworten sollte: a) als Redakteur des Flugblattes den Gastwirth Max Scherz beleidigt zu haben, und zwar durch Schriftverbreitung; b) Plakate, welche einen anderen Inhalt haben, als die in § 6 Abs. 2 des Preßgesetzes genannten, am 15. Juli angeheftet zu haben. Der Termin fand dieser Tage in Berlin statt. Da der Angeklagte aber erklärte, daß er wegen der zweiten Sache schon in Köpenick verurtheilt worden sei, so beschloß das Gericht, die Akten darüber einzufordern und die ganze Verhandlung einstweilen zu vertagen. Der Antrag des Staatsanwalts, in die Verhandlung der Beleidigungsanfrage einzutreten, wurde abgelehnt.

Christliches Bier. Der Berliner Arbeiter unterscheidet im allgemeinen zwischen bojkottfreiem und bojkottirtem Bier. Ersteres schmeckt ihm meist vorzüglich, weil daran nicht die Schuld der Maßregelung hundert ehrenhafter Brauer liegt; das bojkottirte Bier überläßt er den Jähren und denen zur Erquickung, die in grenzenloser Verbohrtheit meinen, den heutigen Zustand wirtschaftlicher Ungerechtigkeit bis in alle Ewigkeit hinein aufrecht erhalten zu müssen.

Zu den erwähnten beiden Bierarten aber hat sich, wie wir erst dieser Tage in Erfahrung bringen konnten, ein neues Fabrikat gefeilt, das wir, da es in einem christlichen Institut, nämlich in der unter Oberhoheit eines Grafen Pückler stehenden christlichen Herberge zur Heimath in der Mäuzstraße 6 hergestellt wird, christliches Bier nennen wollen. Dieses Bier hat einen Vorzug und einen Nachtheil. Sein Vorzug ist, daß es seinen Arbeitern ein mächtiges Stück Geld einbringt, und der Nachtheil besteht darin, daß es zu große Anforderungen an die Glaubensfestigkeit des Trinkers stellt. Nämlich nur ein ganz positiv-gläubiges Gemüth kann das Zeug, das ihm in der christlichen Herberge zur Heimath als Braubier, die Flasche zu zehn Pfennig vorgefetzt wird, noch für ein Gebraut aus Popen und Malz halten.

Das Braubier, das man den Kernsten der Armen, die kein Geld mehr für eine Flasche Lagerbier übrig haben, in der christlichen Herberge zur Heimath zum Trinken vorfetzt, wird auf folgende Weise hergestellt:

Der Hausvater besteht aus einer hiesigen Brauerei 88 Liter Braun- oder Jungebier zum Preise von etwa 3 M. In diesem Bier in Originalfassung werden 7 Pfund Zucker zum Preise von etwa 2 M., 1 Pfd. Koulour zum Preise von vielleicht 1 M. und — 120 Liter Wasser gefast, das zum Engrospreise direkt aus der Berliner Wasserleitung bezogen wird. Diese Suppe also, deren Herstellungs-kosten sich auf etwa 6 M. stellen, wird in gut 200 Flaschen von etwa 1/4 Liter Rauminhalt gefüllt und hierauf den p. p. Gästen, die sich nichts Besseres leisten können, als Braubier, die Flasche zu zehn Pfennig kredenzet.

Wir wollen mit der Herbergverwaltung nicht weiter darüber rechten, ob es noch christlich ist, wenn man den Kernsten der Armen eine Waare mit über 200 pCt. Aufschlag verkauft; vielleicht erörtert das „Volk“ einmal diese subtile Frage.

Wohl aber halten wir es für eine Pflicht der Gesundheitspolizei, auf die in der christlichen Herberge zur Heimath betriebene Bierfabrikation einmal ein Auge zu werfen. Schwerlich dürfte das christliche Getränk vor ihr bestehen.

Die Zahl der Geborenen ist in Berlin nach Angabe des „Statistischen Jahrbuchs“ im Jahre 1892 von neuem gesunken, von 53 496 in 1891 auf 52 455 in 1892. Vergleicht man sie mit der mittleren Bevölkerung, so ergibt sich, daß die Geborenen 1891: 33,46, 1892: 32,03 Promille der Bevölkerung ausmachten. Von 1876—90 war der Promillefuß ununterbrochen gefallen, von 47,17 in 1876 auf 32,98 in 1890. Der 1891 eingetretenen Erhöhung auf 33,46 ist 1892, wie man sieht, ein neuer Abfall gefolgt, der so stark war, daß selbst die absolute Zahl trotz Zunahme der Bevölkerung nicht unbedeutlich zurückging. Ob nun die Erhöhung von 1891 oder aber der neue Abfall von 1892 nur vorübergehend war, diese Frage ist durch das bereits vom „Statistischen Amt der Stadt Berlin“ an anderer Stelle veröffentlichte vorläufige Ergebnis von 1893, das durch Nachmeldungen nicht mehr wesentlich geändert werden dürfte, in unangenehmster Sinne entschieden worden. 1893 wurden nur 51 218 Kinder geboren, 30,65 Promille der mittleren Bevölkerung. Es ist also 1893 wiederum nicht nur verhältnißmäßig, sondern auch absolut

eine Verringerung eingetreten. Ja, es scheint, als ob uns 1894 eine noch weitere Verringerung bringen soll. Aus den bis August 1894 vorliegenden vorläufigen Monatsübersichten des „Statistischen Amtes“ ergibt sich, daß von Januar bis August 1894 etwa 53 150 Kinder geboren wurden, während 1893 in demselben Zeitraum 54 514 geboren worden sind. Auch diese Zahlen können durch nachträgliche Meldungen nicht mehr viel geändert werden, und daß die Differenz zwischen 1893 und 1894 durch die Geburten der letzten 4 Monate noch ausgeglichen werden könnte, ist ausgeschlossen. — Man könnte sich versucht fühlen, daß 1892 eingetretene neue Sinken der Geburtenziffer hauptsächlich aus dem 1891 eingetretenen Sinken der Zahl der Eheschließungen zu erklären (vgl. den Artikel in Nr. 250). Aber die Geburtenziffer wird noch durch verschiedene andere Umstände wesentlich beeinflusst, nicht bloß durch die Eheschließungen, sondern auch durch die Eheschließungen (Ehebindung oder Tod), durch das Ueberwiegen bestimmter Altersklassen unter den Verheiratheten oder bestimmter, in der Regel mit starker Nachkommenschaft „gefügter“ Berufsgruppen, durch Zahl und Altersaufbau der unverheiratheten gebärfähigen Frauen, durch das Ueberwiegen bestimmter, durch eine größere Zahl unehelicher Geburten hervortretender Berufsgruppen unter den unverheiratheten Frauen u. s. w. Wenn die Zahl der Geborenen in Berlin von 1876—90 fiel, obwohl die Zahl der Eheschließungen von 1879—90 stieg, so deutet das darauf hin, daß noch andere einflußreiche Ursachen für das Sinken der Geburtenziffer vorgelegen haben müssen, darunter gewiß nicht als unwichtigste die wachsende Abneigung gegen eine zu zahlreiche Nachkommenschaft.

Betriebswerkstätten. Als die organisierten Schneider Berlins in die Agitation für Einrichtung von Betriebswerkstätten eintraten, da war es der „Confessionär“, dieses Unternehmerorgan der Konfektionsbranche, welches sich mit Händen und Füßen gegen diese Forderung sträubte und die Versicherung abgab, daß die Unternehmer diese Forderung niemals erfüllen würden. Als Gründe für diese Weigerung wurden die Kosten, die mancherlei Scheereien anlässlich der Arbeiterversicherungs-gesetze u. und noch manches Andere angeführt und die Haus-industrie als im höchsten Maße vortheilhaft für die Unternehmer gelobt und gepriesen. Jetzt, nachdem nur wenige Monate in's Land gegangen sind, bringt derselbe „Confessionär“ die erstaunliche Nachricht, daß eine größere Anzahl Firmen der Mäntelkonfektion sich entschlossen habe, eigene Werkstätten einzurichten. Was hat die Unternehmer zu dieser auffälligen Sinnesänderung veranlaßt? Ein gewichtiger Grund muß es schon gewesen sein! In das Unternehmertum aus purer „Humanität“ und aus Liebe zu den Arbeitern zu dem Entschlusse gelangt, eigene Werkstätten einzurichten? Es wäre dies eine Annahme, die von vornherein wenig Anspruch auf Wahrscheinlichkeit erheben dürfte. Daß eine derartige Geschäftsbesetzung auch keineswegs die Triebfeder zu dem besprechenden Entschlusse der „größeren Anzahl Konfektionsfirmen“ ist, geht aus den weiteren Darlegungen des „Confessionär“ hervor, die des Rathfeld Lösung bringen. Der „Confessionär“ enthält sehr offenherzig das Geheimniß, indem er meint: „Es ist ziemlich sicher anzunehmen, daß im nächsten Frühjahr Kragen in großen Mengen „gehen“ werden. Diese lassen sich in eigenen Werkstätten leicht, bequem und jedenfalls billiger zuschneiden und fertigmachen, als dies außer dem Hause in den Arbeits-stuben der Schneidermeister geschieht. Einzelne Firmen, die bereits in diesem Winter Goltz-Capes im Hause zuschneiden lassen, haben mit dieser Einrichtung sehr gute Erfahrungen gemacht und ihre Leistungsfähigkeit bedeutend erhöht. Das ist der Grund, warum andere Firmen folgen müssen; sie sind dazu gezwungen, in eigenen Werkstätten arbeiten zu lassen, um alle Vortheile bei der Fabrikation wahrnehmen zu können. Es machen sich aber auch noch andere Gründe geltend, welche die Fabrikation bestimmter Massenartikel in eigenen Werkstätten vortheilhaft erscheinen lassen. Wer über einen Arbeiterstamm bestimmen kann, der stets zu seiner Verfügung steht, braucht nicht vor der Saison große Lager anfertigen lassen, sondern kann sich die Waaren, die er gebraucht, in der Saison leichter in eigenen Werkstätten anschaffen, als wenn er von Schneidermeistern, die für mehrere Geschäfte arbeiten, abhängig ist. Es werden dadurch auch theilweise die großen Lokalitäten, welche man für Aufbewahrung der enormen Lagerbestände vor der Saison braucht, unnöthig. Zwei Firmen, welche den Betrieb in eigenen Werkstätten einrichten, haben ihre bisher innegehabten sehr großen Geschäftsräume gekündigt, um kleinere zu nehmen. Sie erzielen auch hierdurch Ersparnisse, die mit ins Gewicht fallen.“ Diese Darlegungen lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Sie machen ersichtlich, daß es der kräftigste Egoismus ist, welcher die Unternehmer veranlaßt, eigene Betriebswerkstätten einzurichten. Was vorher für unmöglich erklärt wurde, es wird

sofort möglich, sobald für die Unternehmer ein Vortheil herauskommt, sobald ihr Profit gesichert ist. Und dies scheint hier in hohem Maße der Fall zu sein. Die Einrichtung der Betriebswerkstätten geschieht nicht, um den Wünschen der Arbeiter zu genügen, sondern im eigenen egoistischen, kapitalistischen Interesse. Sache der Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektion wird es daher sein, die Betriebswerkstätten der Unternehmer sich nach Möglichkeit nutzbar zu machen und dazu gehört vor allem Anschluss an die gewerkschaftliche Organisation.

Die Hirsch-Dunder'schen leben noch. Sie verbreiten jetzt in beträchtlichen Quantitäten Flugblätter, in denen die „deutschen Arbeiter aller Berufe“ aufgefordert werden, den immer noch harmonisirenden Gewerksvereinen ein wenig neues Leben einzubringen. Zu heutiger Zeit, wo die Arbeiter, die noch an das Märchen von der Hirsch-Dunder'schen Harmonie glauben, mit der Laterne zu suchen sind, dürfte kaum Gimpel auf den Beinen gehen.

Die Einführung des Schapiennig-Tarifs auf der Pferdebahn würde selbst dann keinen namhaften Ausfall an Einnahmen zur Folge haben, wenn die endliche Bewilligung dieser alten und berechtigten Forderung den Verkehr nicht steigern würde. Bei der „Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft“ ist die Durchschnitts-Einnahme für jede beförderte Person in den zwei Jahrzehnten, welche diese Gesellschaft jetzt besteht, infolge fortschreitender Verbilligung der Fahrpreise und wohl auch infolge allmählicher Erweiterung an Benutzung der Pferdebahn selbst für ganz kurze Strecken, ziemlich ununterbrochen gesunken, und sie ist heute bereits so niedrig, daß sie von dem runden Betrag von 10 Pfennig wirklich nicht mehr weit entfernt ist. Die Gesellschaft vereinnahmte in den 21 Jahren von 1873-93 pro Person in Pfennigen: 15¹⁰/₁₀, 14¹⁰/₁₀, 13¹⁰/₁₀, 12¹⁰/₁₀, 11¹⁰/₁₀, 10¹⁰/₁₀, 9¹⁰/₁₀, 8¹⁰/₁₀, 7¹⁰/₁₀, 6¹⁰/₁₀, 5¹⁰/₁₀, 4¹⁰/₁₀, 3¹⁰/₁₀, 2¹⁰/₁₀, 1¹⁰/₁₀. Hierbei sind allerdings die Abonnementis mitgerechnet, ohne die die Einnahme pro Person doch noch etwas höher ausfallen, aber dafür auch die Gesamtsatz der beförderten Personen und die Gesamt-Einnahme sinken würde. Weit über 10 Pfennig hinaus geht die Einnahme pro Person fast nur auf solchen Linien, die weit außerhalb des Reichthums enden, z. B. 1892 auf den Linien nach Nieder-Schönhausen 13¹⁰/₁₀, nach Tegel 13¹⁰/₁₀, nach Mariendorf 12¹⁰/₁₀, nach Trepow 12¹⁰/₁₀ Pfennig. Dagegen wurden auf vielen Linien im Innern der Stadt noch nicht 11, ja auf einigen noch nicht 10¹⁰/₁₀ Pf. pro Person eingenommen. Der Ausfall an Einnahmen wäre also noch unbedeutender, wenn der 10 Pf.-Tarif wenigstens auf den innerhalb des Reichthums endenden Linien eingeführt würde, ganz abgesehen davon, daß die mit Sicherheit zu erwartende Steigerung des Verkehrs den Ausfall decken und die Einnahmen noch erhöhen würde. Schäden hätten davon wohl nur die Schaffner, die einen Theil der Tringelder, auf die sie bei ihrem geringen Gehalt leider angewiesen sind, den 15 Pf.-Billetts verdanken. Vielleicht ist das mit einer der Gründe, aus denen sich die Gesellschaft so gegen den 10 Pf.-Tarif sträubt; denn voraussichtlich würde ihr dann bald so energisch auf den Leib gerückt werden, daß sie sich der Pflicht, die Gehälter auszubessern, nicht länger entziehen könnte.

Aus der Charite erhalten wir folgende Zuschrift, die wir, da sie die Stellung der Arbeiterschaft zu den bekannten Missethänden nicht weiter berührt, zu veröffentlichen keinen Anstand nehmen:

An der Königlich Charite sind im Interesse des Unterrichts auch für die beiden medizinischen Universitätskliniken jezt Polikliniken (Ambulatorien) eingerichtet worden, in welchen bei innerlichen Krankheiten unentgeltlich ärztlicher Rath ertheilt und denjenigen Patienten, welche ihre Bedürftigkeit durch eine behördliche Bescheinigung nachweisen, freie Arznei aus der Charite-Apotheke verabfolgt wird. Beide Polikliniken werden abgehalten in dem Geschäftshause des Instituts für Infektionskrankheiten gegenüber dem Hauptportal der alten Charite und zwar: a) die Poliklinik der I. medizinischen Klinik unter Leitung des Geh. Rath's Leyden resp. seines Vertreters durch den Stabs-Arzt Dr. Thiele: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends von 1/11 bis 12 Uhr, b) die Poliklinik der II. medizinischen Klinik unter Leitung des Geh. Rath's Gerhardt durch den Oberarzt Dr. Weintraub Montags, Mittwochs und Freitags von 1/9 bis 10 Uhr. Der Beginn ist auf Montag, den 3. November, festgesetzt. Außerdem finden in der Charite, wie schon bisher, im Wintersemester noch folgende Polikliniken statt: c) für Nervenkrankheiten unter Leitung des Geh. Rath's Josly durch den Oberarzt Dr. Löhr Montags, Mittwochs und Freitags von 10 bis 11¹⁰/₁₀ Uhr; d) für Kinderkrankheiten unter Leitung des Geh. Rath's Heubner durch die Oberärzte Dr. Hauser und Dr. Keller an jedem Wochentage von 12 bis 1 Uhr; e) für Hautkrankheiten unter Leitung des Professors Dr. Schweininger durch den Oberarzt Dr. Eisenberg Dienstags und Freitags von 12 bis 1 Uhr.

Die Wiederholung der Vorträge der Herren Professor Dr. P. Ehrlich und Oberarzt Dr. A. Wassermann über „Gewinnung, Werthbestimmung und Verwerthung des Diphtherie-Keimferments“ wird am Freitag, den 2. November, Abends 7¹⁰/₁₀ Uhr, in der Charite und zwar in dem Hofsaale des Instituts für Infektionskrankheiten gegenüber dem Hauptportale der alten Charite, stattfinden.

Im Anschluß an diese Vorträge werden in demselben Lokale am Sonntag, den 4. November, Mittags 12 Uhr, die Herren Ehrlich und Wassermann, sowie die Herren Sanitätsrath Dr. Beer, Oberarzt Dr. Wed und Oberarzt Dr. Koffel bereit sein, über besondere Fragen der Serumtherapie Auskunft zu geben, und letztere durch Demonstrationen, auch an Kranken, zu erläutern.

Karten werden weder für den Freitag, noch für den Sonntag ausgegeben. Der Eintritt steht, soweit die Plätze reichen, Jedem frei; doch können Damen nicht zugelassen werden.

Die Dahomey-Damen im Passage-Panoptikum werden immer anziehlicher. Sie wollen demnächst eine Sklavensagd treiben nach dem Leben aufziehen, um dem deutschen Publikum zu zeigen, daß im wilden Afrika der Werth des Menschen immer noch höher eingeschätzt wird, als unter der Herrlichkeit kapitalistischer Zivilisation Deutschlands.

Ein Mörder hat anlässlich der Uebersiedelung des Grafen Caprivi fast alle bedeutenden Möbeltransport-Geschäfte ganz böse gefoppt. Das Möbeltransport-Geschäft von Neeger in der Dorotheenstraße erhielt eine Postkarte des Inhalts, das Geschäft möge am Freitag um 6 Uhr zwei gepackte Möbelwagen zum Reichsanzlerpalais senden, um Möbel, Koffer etc. zum Lager zu nehmen. Unterzeichnet war die Karte mit Ehm., was auf den Adjutanten des bisherigen Reichsanzlers schließen ließ. Als die Firma zur festgesetzten Stunde mit den Wagen ausfuhr, fand sich nach und nach eine große Anzahl von Möbelwagen von anderen Firmen ein, die die gleiche Aufforderung erhalten hatten. Die Karten wurden von den Dienern eingefordert und dem Major Ebmeyer übergeben, welcher die Polizei benachrichtigte, um die Ermittlung des Urhebers herbeizuführen.

Die Fernsprech-Vermittelungsanstalt II (Moabit), welche bisher dem Stadtfersprechamt 3 unterstellt war, wird vom 1. November ab in ein selbständiges, nicht etatsmäßiges Stadtfersprechamt mit der Bezeichnung „Stadtfersprechamt 2 (Moabit)“ umgewandelt.

Es bleibt beim Alten. Abschlägig beschieden ist ein Gesuch des Vorstandes des Vereins Berliner Droschkentischer an das Polizeipräsidium, welches zum Ziele hatte, daß der Vorstand die in Droschken gefundenen, in dem eigenen Bürobureau aus dem Vereins abgegebenen Gegenstände, welche er bisher an das polizeiliche Bürobureau abliefern mußte, von wo sie nach einer gewissen Frist wieder an das Vereins-Bürobureau zurückkehren,

fortan in eigener Verwahrung bis zum Aufgebotsstermine behalten könne. Jetzt sind wiederum 557 Fundgegenstände, die aus der Zeit vom 8. Mai 1893 bis 18. Juni 1894 stammen und von den Verkäufern nicht reklamirt worden sind, vom polizeilichen Bürobureau dem Vereine zurückgegeben worden behufs Einleitung des gerichtlichen Aufgebotsverfahrens.

Unter Hinterlassung bedeutender Schulden ist der Gastwirth Maschke, Marienburgerstraße, seit Freitag verschwunden.

Verrathene Liebe war die Veranlassung zu dem Selbstmorde, welcher am vorgestrigen Tage die 16jährige M. Schüler, Frankfurter Allee 102 in Schlafstille wohnhaft, in den Tod trieben. Das junge Mädchen war in einer Luxuspapierfabrik beschäftigt, wofür sie den ebendasselbst angestellten 23jährigen Arbeiter K. kennen und lieben gelernt hatte. Das Verhältniß zwischen beiden dauerte etwa zwei Monate, dann wandte der Bräutigam seine Zuneigung einer Kollegin des jungen Mädchens zu, einem Verrath, den sich die Sch. derartig zu Herzen nahm, daß sie den Tod suchte und durch Erhängen in ihrer Schlafkammer fand.

Eine jener bekannten Massenfestigungen, wie sie häufig in den sogenannten Kaffeeklappen vorgenommen werden, erfolgte am Dienstag Morgen 8 Uhr in dem Lokal von Dahmer in der Rosenhalerstraße. Fast hundert Personen wurden unter großem Aufbruch nach der Wache in der Dinnstraße gebracht; etwa siebzig der Sifirten beförderte man gegen 11 Uhr im Grünen Wagen nach dem Alexanderplatz. Wie geschrieben wird, will die Polizei gegen das in dauerndem Konflikt mit ihr liegende Louisium strenge Maßnahmen treffen. Schade, daß diese Energie ebenso wenig gegen die Zuhalterschaft, wie gegen die Prostitution überhaupt nicht.

Die Sicherheit in Berlin's Umgebung. Mit Stichwunden im Kopfe wurde in der Nacht vom 28. zum 29. d. M. gegen 12 Uhr in der Wilmersdorferstr. zu Charlottenburg eine Frau aufgegriffen. Dieselbe gab an, Katharina Wodwoda zu heißen und Grünstraße 15 hier selbst zu wohnen. Sie will auf der Straße zur neuen Kaserne am Spandauerberg von einem ihr unbekanntem Manne überfallen und mit einem Messer bearbeitet worden sein. Ueber den Thäter fehlt jede Spur.

Eine erschütternde Szene spielte sich am Sonntag Vormittag um 11¹⁰/₁₀ Uhr am Urbanhafen ab. Der Arbeiter Otto Mübiger sah in dem Kanal eine Leiche treiben und brachte sie an das Land. Er erkannte in dem toden Mann seinen 88 Jahre alten Bruder Hermann aus Mähdorf bei Kroppen, der an einem Pralum am Urbanhafen beschäftigt war. Die polizeilichen Ermittlungen haben ergeben, daß Hermann Mübiger noch am Nachmittage vorher an seiner Arbeitsstelle gesehen worden ist. Da keine Gründe vorliegen, die für einen Selbstmord sprechen, so kann nur angenommen werden, daß er infolge eines Fehltritts in das Wasser gefallen und ertrunken ist.

Ueber zahlreiche Verhaftungen von Hebammen und „Augen Frauen“, die sich des Verbrechens gegen das leibende Leben schuldig gemacht haben sollen, wird berichtet. Achtehn solcher Damen, von denen sechs hantlich gepuflte Hebammen und die übrigen sogenannte „Augen Frauen“ sind, sollen gegenwärtig in Untersuchungshaft liegen. Das Verfahren bezieht sich aber immer weiter aus, da ebenfalls die Frauen und Mädchen, welche sich an die schlimmen Heilkünstlerinnen gemeldet haben, verhaftet werden; diese Klientinnen sollen, zum Theil sehr „angeesehen“ Familien angehörig, hohe Summen für die ihnen gewordene „Hilfe“ bezahlt haben.

Schon wieder ist ein Proletarierkind, das unbeaufsichtigt in der elterlichen Wohnung bleiben mußte, elend zu Tode gekommen. Am Montag Mittags hatte die Frau des in der Christburgerstr. 20 wohnenden Arbeiters Wilas ihrem Mann Essen nach der Arbeitsstätte gebracht und den fünfjährigen Sohn Paul nothgedrungen allein in der im Hinterhause drei Treppen hoch besetzten Wohnung zurückgelassen. Gegen 1 Uhr wurden die Hausbewohner auf aus der M'chen Behausung hervorbringenden Rauch alarmirt; die sofort herbeigerufene Feuerwehr fand einen Theil der Wohnung in Flammen stehend. Es brannten einzelne Möbelschätze, Betten und Dielen, doch konnte der Brand schnell gelöscht werden. Dagegen wurde der Knabe angetrieben im Bette liegend tot aufgefunden; nach ärztlichem Befund ist das Ableben des Kleinen durch Erstickung erfolgt. Die Entstehung des Feuers dürfte wohl darauf zurückzuführen sein, daß der Kleine mit Streichhölzern gespielt hat.

Es ist doch prächtig eingerichtet in der besten der Welten, daß der Arbeiter sein Mittagessen in Schmutz und Staub der Arbeitsstätte hinunterzuschlucken muß, während sein Kind, der Bewusstseinslosigkeit bar, auf die schrecklichste Weise zu Tode kommt. Wie lieblich entfaltet sich doch unter der Fuchtel des Kapitalismus das Familienleben im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte.

Gellende Hülferufe riefen in der Nacht zum Dienstag Bewohner der Köpnickstraße an die Fenster ihrer Wohnungen. Das Geschrei ging von einer Frau aus, die den Hinzueilenden Personen mittheilte, daß sie von einem jungen Mann ohne Veranlassung angefallen und blutig geschlagen worden sei. In Gemeinschaft mit Zivilpersonen nahm ein Schutzmann die Verfolgung des entflohenen Thäters auf, ermittelte ihn in einem benachbarten Wirthshause und führte ihn nach der Wache ab.

Todt aufgefunden wurde am Dienstag Morgen der Portier Weber, der das Haus Rosenhalerstr. 40 verwaltete. Da die Todesursache nicht aufgeklärt ist und man nur weiß, daß Weber noch um fünf Uhr Morgens einem Hausbewohner die Thür geöffnet hatte, so wurde die Leiche nach dem Schauhause gebracht.

Witterungsübersicht vom 30. Oktober 1894.

Stationen.	Barometerstand in mm. rebarit auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius) (p. C. = 9/5 F.)
Ewinemünde	755	S	5	bedeckt	8
Hamburg	755	WSW	5	halb bedeckt	8
Berlin	768	SW	4	bedeckt	10
Wiesbaden	761	SW	1	bedeckt	11
München	766	SW	4	heiter	7
Wien	766	SW	—	halb bedeckt	4
Papayanda	764	SW	—	wolklos	—22
Petersburg	—	—	—	—	—
Coet.	755	SW	3	Negen	11
Aberdeen	752	SW	2	heiter	13
Paris	762	SW	4	bedeckt	1

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 31. Oktober 1894. Ziemlich warmes, vorwiegend trübes, regnerisches Wetter, mit mäßigen bis frischen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Polizeibericht. Am 29. d. M. Morgens wurde ein Arbeiter im Retortenhause der städtischen Gaskanal in der Müllerstraße erhängt vorgefunden. — Auf dem Leichter Güterbahnhof fiel Nachmittags ein Kutscher beim Bestehen seines in der Fahrt befindlichen, schwer beladenen Kohlenwagens herab, gerieth unter die Räder und erlitt so schwere Verletzungen, daß er auf dem Wege nach dem Krankenhaus starb. — Auf dem Grundstück Leipzigerstr. 85 wurde ein mit dem Abtragen eines Gewölbes beschäftigter Arbeiter durch nachströmendes Mauerwerk am Kopfe und an der Brust verletzt. — Abends wurde ein Arbeiter an der Ecke der Großen Frankfurter- und Krausenstraße durch einen Mörtelwagen überfahren und an beiden Unterschenkeln verletzt. — In der Prenzlauer Allee fiel ein Kutscher beim Absteigen von seinem in der Fahrt befindlichen Arbeitswagen

hin, gerieth unter die Räder und erlitt bedeutende Verletzungen an den Oberschenkeln. — An der Ecke der Großen Frankfurter- und Lebuserstraße wurde ein schwerer Arbeiter durch einen Geschäftswagen überfahren und am Knie erheblich verletzt. — Beim Abbringen vom Borderraum eines in der Fahrt befindlichen Pferdebahn-Wagens fiel ein etwa 30 Jahre alter Mann hin, wurde überfahren und am Unterschenkel sehr schwer verletzt. — In der Nacht zum 30. d. M. stürzte sich ein Zuhälter aus der im ersten Stock eines Hauses der Straßburgerstraße gelegenen Wohnung eines unter sittenpolizeilicher Aufsicht stehenden Mädchens auf den Hof hinab und erlitt schwere Verletzungen am Kopfe. — Am 29. d. M. Mittags brach in der Wohnung eines Arbeiters, in der Christburgerstraße, Feuer aus, das ein allein in der Wohnung zurückgebliebener vierjähriger Knabe anscheinend durch Spielen mit Streichhölzern verursacht hat. Das Kind erstickte in dem entstandenen Qualm. Außerdem fanden noch zwei kleine Brände statt.

Gerichts-Beilage.

Einen bemerkenswerthen Kommentar zu der in den weitesten Kreisen herrschenden Schein, mit der Polizeigewalt in irgendwelche Verührung zu kommen, lieferte die Verhandlung vor dem Schöffengericht am Landgericht I, welche am 30. Oktober gegen den Invaliden Pohl geführt wurde. Ein altes, verkrüppeltes Männchen betrat den Anklageraum und sollte sich verantworten wegen Verleumdung und Widerstand gegen die Staatsgewalt, verkörpert in diesem Falle in der Person eines robusten Schutzmanns oder vielmehr mehrerer Schutzenten, denen der Greis zu nahe getreten war. Als Zeugen fungirten fünf Beamte in Uniform und ein Armenarzt, Dr. Welke. — An der Ecke der Wiener- und Laufzigerstraße stand der Tischler S. mit dem Angeklagten an einem Sonnabend Abend in Marienstraße, wie der Zeuge S. unter seinem Eide versicherte, der Schutzmann König ihn gestoßen und, da doch selbstverständlich der Arbeiter eine weitere Erklärung verlangte, die beiden zur Wache führte. Nach Angabe des Schutzmanns soll Pohl geschimpft und geschrien haben: Die Polizei könne ihm ... sonst was thun. Das nahm der Beamte auf seinen Eid; der einzige Zeuge S. erklärt, davon absolut nichts gehört zu haben, trotzdem er sich in unmittelbarer Nähe befand. Die beiden folgten willig zur Wache, da sie angeblich die Passage gehemmt hatten. Hier auf dem 70. Polizeirevier spielten sich Szenen ab, die von der Tagespresse unter der Rubrik: Abenteurer auf der Polizeiwache etc. schon mehrfach behandelt wurden.

Ohne weitere Formalitäten sperrte man den S., nachdem er jede gewünschte Auskunft über seine Person gegeben hatte, in eine dunkle Zelle und entließ ihn von dort nach etwa dreiviertel Stunden. Dem antretenden Richter erschien das selbst nicht recht verständlich und er erlaubte sich anlegentlich, ob eine solche Behandlung der Sifirten allgemein üblich sei, was von den Beamten unter Hinweis auf ihre Instruktion bestätigt wurde. Die Feststellung der Persönlichkeit bei Pohl machte Schwierigkeiten — der 61jährige Mann ist hochgradig taub — und da er sich, wie er dem Gerichtshofe versicherte, von den Beamten gehänselt glaubte, wurde er etwas laut, worauf ihm dieselben erst Hantfellen anlegten und später in der Zelle noch die Füße fesselten. So lautete die Darstellung der Beamten; bemerkt muß werden, daß sich auf der Polizeiwache an dem fraglichen Abend weder Lieutenant noch Wachmeister befand, und die entsprechenden Befehle von einem Schutzmann, der Wachmeisterdienste that, ertheilt wurden. Der Angeklagte trat seiner Schwerhörigkeit wegen, dicht an den Richtertisch heran und erzählte mit vor Erregung zitternder Stimme, daß er von mehreren Beamten gepackt und auf Brutalitäten geschlagen worden sei. Mit den Worten: Nun Hund wirst Du wohl genug haben habe man ihn, zusammen geschürt, auf den Fußboden geworfen. Sein Geschrei hat sein Leiden geföhrt S. gehört, der ihm jedoch, da er selber eingesperrt war, nicht zu Hilfe eilen konnte. Als ihm nach einer Stunde ungefähr die Fesseln wieder abgenommen seien, bemerkte der Angeklagte weiter, habe er einen Arzt verlangt. Es wurde Herr Dr. Welke von der Sanitätswache geholt, der aber „nichts“ feststellen konnte und so blieb Pohl die ganze Nacht in der Zelle. Am anderen Morgen erchien ein anderer Arzt, Dr. Engel, welcher den schleunigen Transport des Kranken (1) nach seiner Wohnung verfügte; Pohl wurde, da er nicht gehen konnte, von zwei Personen in die vor der Thür haltende Droschke getragen. Der Angeklagte betonte, daß er sich mehrere Wochen lang ärztlich behandeln lassen mußte; ein Attest Dr. Jodel's, was der Verteidiger dem Gerichtshof zur Kenntnismahme überreicht, führt die Verletzungen speziell auf, die Pohl von seinem nächtlichen Aufenthalt in der Polizeiwache davongetragen.

Ueber die Zeugenaussagen der Polizeibeamten ist nicht viel zu berichten. Der eine und der andere Schutzmann hat „Befehle ausgeführt“ und ein anderer Beamter hat „Befehle ertheilt“; der letztere hielt, „um den Angeklagten zu beruhigen, dessen Fesselung nöthig“, denn — der verkrüppelte, schwache Greis war zu renitent! — Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hielt eine Verleumdung und Widerstand gegen die Staatsgewalt für erwiesen; wenn es dem Pohl schlecht ergangen sei, trage er selber die Schuld daran. Die Beamten hätten nur nach ihrer Instruktion gehandelt. „Wie sollten sie sonst die Ordnung aufrecht erhalten!“ ... Dem ärztlichen Attest sprach der Herr Anwalt keine Bedeutung zu und hielt bei Verächtigung des milderen Umstandes, daß der Angeklagte sehr schwerhörig und ein alter Mann sei, 35 M. oder eine Woche Haft für angemessen. In seinem Plaidoyer hob der Verteidiger, Dr. Oppenheimer, hervor, daß die seinerseits vorgelegten Zeugnisse, die Ärzte Dr. Engel, Dr. Morris und Dr. Jodel nicht geladen seien; er bestritt im ferneren den Beamten das Recht, in dieser Weise mit Leuten, die schlimmstensfalls eine kleine Uebertretung begangen hätten, zu verfahren. — Der Gerichtshof hielt den Angeklagten Pohl der öffentlichen Verleumdung für schuldig, und stützte sich hierbei auf das Zeugnis des Schutzmanns; mit 10 M. resp. zwei Tagen Haft sei das Vergehen zu sühnen. Widerstand gegen die Staatsgewalt, d. h. bewußtes Zuwiderhandeln gegen die Organe der Exekutivgewalt, habe man nicht angenommen, da der Angeklagte infolge seines Körperzustandes im Zweifel sein konnte, ob die Beamten ihre Funktionen nicht überschritten hätten.

Wenn das zutrifft, womit der Anwalt seine Rede einleitete, daß derartige Fälle doch und so häufig vorkommen, so eröffnet sich damit eine sehr angenehme Perspektive für alle Staatsbürger, die wegen einer beliebigen geringfügigen Ursache ihre Persönlichkeit auf einer Polizeiwache feststellen lassen müssen. Der Tischler S. z. W. ist gänzlich unschuldig längere Zeit in der Zelle gehalten, denn wenn man ihm eine Uebertretung hätte nachweisen können, wäre das Strafmandat jedenfalls nicht ausbleiben; zu dem Fall Pohl aber braucht man in der That keinen Kommentar zu schreiben.

Polizeichemiker Dr. Wein. Der Prozeß gegen die Kaufleute Thomas und Genossen wegen betrügerischen Verlaufs von Gewichteten wurde gestern vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I fortgesetzt, nachdem die Verhandlung am Sonnabend Abend 7 Uhr vertagt worden war. Bekanntlich hatte der Polizeichemiker Dr. Wein behauptet, daß das Attest, aus welchem die Angeklagten ihren guten Glauben herleiten wollten, gefälscht sein müsse, er habe es in der vorliegenden Fassung nicht angefertigt und vor allen Dingen nicht die Ausdrücke „Gewichteten“ und „Feilgewede“ hineingesetzt. Die heutige Verhandlung begann mit der Vernehmung des Schreib-Sachverständigen, Sekretärs Richter, welcher inzwischen das fragliche Attest einer Prüfung unterzogen hat. Bevor der Sachverständige zur Abgabe seines Gutachtens schritt, stellte der Verteidiger den Antrag, den Zeugen Dr. Wein noch einmal darüber zu befragen, welche Worte anstatt der von ihm als gefälscht bezeichneten ursprünglich im Texte ge-

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, den 31. Oktober. **Spernhaus.** Der kleine Hagen. Hänsel und Gretel. **Schauspielhaus.** Faust. **Festung-Theater.** Die Kugel. **Deutsches Theater.** Die Weber. **Berliner Theater.** Stützen der Gesellschaft. **Schiller-Theater.** Ein Falliment. **Neues Theater.** Komödianten. **Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.** Der Vogelhändler. **Adelns-Theater.** (Théâtre libre.) Soeur Philomène. La nuit Bergamasque. **Theater Unter den Linden.** Der Obersteiger. **Bellevue-Theater.** Königskrause. **Alexanderplatz-Theater.** Ein Modell. Verbotene Liebe. **Adolph Ernst-Theater.** Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi. **Central-Theater.** O! diese Berliner! **National-Theater.** Die Weber. **Reichshallen-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung. **Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung. **Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung. **Parodie-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.) **Wallner-Theaterstrasse.** **Mittwoch,** den 31. Oktober, Abends 8 Uhr: Ein Falliment. **Donnerstag,** den 1. November, Abends 8 Uhr: Der Meisridbauer. **Freitag,** den 2. November, Abends 8 Uhr: Der Meisridbauer. **Sonabend,** 3. November, Nachmittags 3 Uhr: Schiller-Vorstellung. **Der Meisridbauer.** — Abends 8 Uhr: Der Meisridbauer.

Central-Theater

Alle Jakobstraße Nr. 30. Direktion: Richard Schulz.

Emil Thomas a. G.

Anna Bäckers. Josephine Dora. Zum 61. Male:

O! diese Berliner!

Große Fosse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern nach Salinger's Reise durch Berlin von Julius Freund. Musik von Jul. Cindsohfer. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Morgen und folgende Tage: O, diese Berliner!

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132. Gastspiel des fliegenden Serpentin-Ballets, arrangiert v. Balletmeister Géza Zinner. Vorher:

Die Weber.

Schauspiel in 4 Akten von ... Regie: Max Samff. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung. In Vorbereitung:

Der Tod als Pathe.

Aufführungskomödie in 5 Akten nach Blauco. Dekorationsmaler Müller und Schlier. Sichtbilder v. Ludwig Richter. Flug- und Fangevolution von Géza Zinner.

Adolph Ernst-Theater

Lezte Woche! **Charley's Tante.** Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher:

Die Bajazzi.

Parodistische Fosse in einem Akt von Ed. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von Franz Roth. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung. **Sonntag,** den 4. November: Zum 1. Male:

Der kleine Herr.

Schwank in 3 Akten v. Arthur Lauw. (Revität.)

Castan's

Panopticum.

Hassan Ali

der größte Mensch der Welt.

Prinzess Topase

das kleinste Menschenkind.

Mexikanische Riesen-Cacteen

in noch nie gesehener Größe.

Alcazar

Vaudeville-u. Variété-Theater

Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage). Vornehmster Familienaufenthalt. Neu! Sensationell! Neu!

Pusebach auf Korea.

Neu! Mr. Ohong und Neu! Geschwister Sarno. Neu! Auftreten sämtl. Spezialitäten. Entree:

Wochent. 20 Pf., Sonntags 40 Pf. Anfang:

Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr. R. Winkler.

Passage-Panopticum.

51 wilde Weiber aus Dahomey. Die Hegenhantel, neueste Illusion.

Circus Renz

Carlstrasse. **Mittwoch,** den 31. Oktober cr., Abends 7 1/2 Uhr: Tjo Ni En.

(Weim Jahreswechsel in Peking). Vollständig neues Genre! Die Manege in 2 Minuten zur Bühne verwandelt.

Sensationelle Tänze, u. a. les grolots vivants (Origin.) jeu des barbiolons (Original) etc.

Außerdem: d. ostr. Hengst Edinburgh und Karoussel von 30 Pferden, vorgeführt v. Herrn R. Renz. Konkurrenz-Schule, ger. von Frau Renz-Stark u. Fr. Wally Renz. 1. Reittänzerinnen Fr. Mathilde und Amalie; d. Klown's Gebr. Villand etc.

Donnerstag: Tjo Ni En. 1. Auftreten des phänomenalen Reiters Mr. Clack.

Fr. Renz, Kommissionsrath.

Armin-Hallen

Kommandantenstraße Nr. 20. Säle und Vereinszimmer von 20-600 Personen.

Bekanntmachung.

Die **Ordentl. General-Versammlung** der Orts-Krankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker findet statt am **Mittwoch, den 7. Novbr.,** Abends 8 1/2 Uhr, in den **Arminhallen,** großer Saal, Kommandantenstraße 20.

Tagesordnung: 1. Neu- bezw. Ergänzungswahl von a) 5 Vorstandsmitgliedern der Kassensmitglieder, b) 3 Vorstandsmitgliedern der Arbeitgeber. 2. Wahl der Kassentribunen zur Prüfung der Rechnung des Jahres 1894. 3. Antrag des Vorstandes auf Erhöhung der Kassensbeiträge. 4. Ermächtigung des Vorstandes: a) zur Abschließung eines Vertrages mit dem Verein der freigeählten Kassenzurück, b) zum Beitritt zu einem Verbands gemäß §§ 46 ff. des R.-V.-G.

NB. Sollte die Tagesordnung nicht erledigt werden, so werden die Verhandlungen am **Freitag, den 16. Novbr.,** Abends 8 1/2 Uhr, in demselben Lokale fortgesetzt. 154/3 Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle

der **Tischler u. s. w.** Oertliche Verwaltung Berlin A. Sonntag, den 4. November 1894. Vormittags 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung i. Hofmann's Festsaal, Oranienstr. 180. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Deymann. — 2. Abrechnung vom 3. Quartal 1894. — 3. Regelung der Beitragskammerstellen. — 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Es ist notwendig, daß alle Mitglieder am Plage sind. 234/4 Die Ortsverwaltung.

Unfalljahren

Klagen, Eingaben, Putzger, Steglitzerstr. 65

Dem Bezirksführer des 604. Bezirks, Schornsteinleger J. Krause, zu seinem heutigen Weigenfeste ein dreifach sonnendes Hoch, bei sämmtliche Schornsteine wackeln. Julius, komm segnen, in der Schulstraße roodt et so! 737b R. E. J. R. D. H. R. D.

Unterstützungs-Verein

der **Kupferschmiede Deutschlands.** Filiale Berlin.

Codes-Anzeige.

Am Sonntag, den 28. d. M. verschied nach langem Leiden unser langjähriges Mitglied **Wilhelm Hasche** im 48. Lebensjahre an der Proletarier-Krankheit. Die Beerdigung findet statt am **Mittwoch, 31. Oktober, Nachmittags 4 Uhr,** vom Krankenhaus Bethanien aus. Um recht zahlreiche Beteiligung bittet 159/3 Der Vorstand.

Hiermit allen Verwandten, Freunden und Kollegen zur Nachricht, daß der Tischler und Parquetbodenleger **Carl Stoll** am 29. Oktober im Krankenhaus Am Urban nach langem Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet am **Freitag, den 2. November, Nachm. 8 1/2 Uhr,** vom Krankenhaus Am Urban nach dem alten Luisenstädtischen Kirchhof in der Bergmannstraße statt. **Niederf., den 30. Oktober 1894.** J. H.: 744b **W. Müller. H. Leue.**

Rohtabak.

Grösste Auswahl. Billigste Preise. Formen, Bookfaçon, wieder vorrätig. **Heinrich Franck,** Brunnenstr. 185.

Rock- und Gesellschafts-Anzüge

in besten Stoffen u. größter Auswahl zu billigen aber festen Preisen empfiehlt **Julius Lindenbaum,** Große Frankfurterstraße 139.

1000 Modell-Regenmäntel!

von 6-18 M., elegante Winter-Jaquets 7-15 M., Modell-Jaquets 10-18 M., Wattertücher mit Pelzbeflag 8-20 M., elegante Goll-Capes 7-15 M. Ladenpreis das doppelte. Leipzigerstr. 91, I.

Achtung!

Zahnersag, auch Theilzahl., wöchentl. 1 M., Guckel, Lauscher Pl. 2, Gassnerstraße 12.

Siroh- und Filzhut-Fabrik von **W. A. Peschke,** Lühovstr. 90, am Magdeburgerplatz, empfiehlt zur bevorstehenden Saison Filzhüte für Damen und Kinder, garnirt und ungararnirt, zu anerkannt billigen Preisen. Muster für Umarbeitung liegen zur Ansicht vor. Gegründet 1871. Telephon Amt 6 815. **Pianino** kauft Kube, Adalbertstr. 66.

Halt!

Donnerstag Abend: Grosses Gänse-auspicken auf dem Billard bei **G. Schultz,** Wasserthorstr. 55. **Auschant** Münchener Brauhaus.

Da Ladenmiete erspare, jede Uhr zu repariren und reinigen, **Feder** unter **Garantis 1,25 M. Hirschfeld,** Urmacher, Rosenthalerstr. 57, 2 Tr.

Gießöfen, gut erhalten, Dauerbrand, offen, transportable Kochmaschinen, alle Größen billig. **Braun,** Lothringersstr. 108. 736b

Potsdamer Lonne

Säle zu Versamml. u. Festlichkeit., auch Sonntags, Oranienstr. 180. Empfehlung nach wie vor meinen kräftigen **Frühstücks- Mittags- und Abendtisch.** 9932

Auschant vom

Münd. Brauhaus, sowie **H. Weis** und **Gräber-Pier.** Jeden **Mittwoch Gänse-**Auspicken auf dem Billard, wozu ergebenst einlädet **J. Jablonsky,** Raunynstr. 37.

Achtung! Chirurgische Branche. Achtung!

Große öffentliche Versammlung

aller in der chirurgischen Branche beschäft. Berufsgenossen am **Mittwoch, den 31. Oktober 1894, Abends 8 Uhr,** im Lokal von **Zubeil, Lindenstr. 106.**

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Die Misthände in unserer Branche spez. bei der Firma **Kettner.** 4. Die Abrechnung des Streiks von **Papajewsky.** 5. Verschiedenes. 99/10

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes Kollegen, zu erscheinen. **Der Vertrauensmann,** **Kreslawski, Spittelmarkt 13**

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Lehrplan für das Winterhalbjahr 1894/95.

Nord-Schule. Müllerstr. 179a. **Südost-Schule.** Waldemarstr. 14.

Montag Nationalökonomie. **Nationalökonomie.** **Dienstag** Volkshämische Medizin. **Volkshämische Medizin.** **Mittwoch** Gesehstunde (spez. Arbeiterrecht). **Gesehstunde (spez. Arbeiterrecht).**

Donnerstag Geschichte (Sozialismus). **Geschichte (neueste).** **Freitag** Deutsch (Logik u. Rhetorik). **Deutsch (Logik u. Rhetorik).** **Sonn- u. 4. im Monat** Naturerkenntnis. **Naturerkenntnis.** **abend (1. u. 3. im Monat)** Diskutir-Übungen. **Diskutir-Übungen.**

Der Unterricht wird des Abends von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr erteilt. In größeren Lokalitäten werden in bestimmten Zwischenräumen **große Versammlungen** abgehalten, in welchen **wissenschaftliche Themat's** in **volkshämischer Weise** behandelt werden. Die Teilnahme an dem Unterricht steht Jedem, auch Nichtmitgliedern an einem Abend im Semester unentgeltlich frei. Für sämmtliche Lehrbücher werden zu jeder Zeit neue Teilnehmer (Damen und Herren) aufgenommen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 25 Pf. monatlich. Das Unterrichtsgeld beträgt monatlich für jedes Unterrichtsjahr 25 Pf.; für den Sonnabends-Unterricht wird kein Entgelt erhoben. Die Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt an endstehenden **Zahlstellen, deren je eine auch in jeder Schule** errichtet ist. Die Zahlstellen sind folgende:

S. Schöning, Stallschreiberstr. 29. **N.** Nordschule, Müllerstr. 179a. **SO.** Südostschule, Waldemarstr. 14. **Gnadt,** Putzbrückerstr. 82. **Schulz,** Admiralstr. 40 a. **Gleinert,** Müllerstr. 7a. **Wernau,** Rosenthalerstr. 57. **SW.** Grabe, Mariendorferstr. 10. **Mamluk,** Barnimstr. 42. **Windhorst,** Junferstr. 1. **NW.** Vogtherr, Stephanstr. 29. **O.** Tempel, Langestr. 65. **W.** Wernau, Bülowstr. 59.

51/7 Die Bibliothek ist abendlich geöffnet und steht jedem Mitgliede zur unentgeltlichen Benutzung zur Verfügung.

Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. **Theilzahlung. Zahnarzt Wolf,** Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr. [678b

Nordstern-Brauerei.

Den Herren Gastwirthen in **Berlin und Umgegend** empfehlen wir unser **gut abgelagertes Lagerbier, hell und dunkel,** sowie unser anerkannt **vorzügliches Pilsener Bier.** Wir sind nunmehr in der Lage, **dauernd regelmäßig** auch **größere Quantitäten prompt** liefern zu können und bitten um **Probe-Aufträge.** **Die Direktion.** Telephon Amt III No. 493. — Berlin N., Veteranenstr. No. 8.

Karl Marx.

Man wünscht eine kleine, zwanglose Gesellschaft zum Zweck gemeins. gründl. Studiums d. „Kapital“ zu bilden. Nicht zu junge Herren mit der nöthigen Vorbildung auf diesem Gebiete wollen Adressen unter **G. S.** in der Expedition niederlegen. 731b

Teilzahlung. Anzüge nach Maass

Comprowski, Schneidermeister, Berlin C, Jüdenstr. 87 I.

Arbeitsmarkt.

Sperre! Sperre! Achtung! **Musikinstrumenten-Arbeiter!** Die Pianofabrik von **Höhne & Sell** ist für alle Branchen gesperrt. 197/14 **Die Kommission.**

Plätterinnen verl. **Wenzel, Memeler-**straße 86/87. 1022R

Älteres Mädchen oder Frau, ohne Anhang, zur Führung eines H. Hausstandes verl. unter **A. B. Postamt 62.**

Goldbleisten.

Tüchtige Farbigmacher finden bei hohem Verdienst dauernde Beschäftigung **Röpnickerstr. 109a.** 738b

Karton-Arbeiterinnen

verlangt **Werkert, Schmidtstr. 15.**

Für die hiesigen Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die gebrigs **Gewinnliste der preuss. Lotterie,** sowie ein **Prospekt der „Berliner Kunst-**Zeitung“ bei.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Der Gewerkeverein christlicher Bergleute

für den Ober-Bergamtsbezirk Dortmund ist, wie wir bereits gestern mitgeteilt, am letzten Sonntag in Essen definitiv begründet worden. Wie beim ersten Kongress, so hatte sich auch diesmal eine bunt zusammengewürfelte Gesellschaft vereinigt, um die Bergleute vor „unüberlegten Schritten“ zu bewahren. Etwa 300 Delegierte von evangelischen und katholischen Arbeiter- bzw. Knappenevereinen waren anwesend. Diefelben sollen 107 Vereine mit 19 747 Mitgliedern hinter sich haben. Das große Wort aber führten die Herren Pastoren und Kapläne, die Beamten der Bergbehörden, Fabrikbesitzer u. s. w. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung mit dem üblichen Hoch auf den Kaiser eröffnet, kehrte sich der Herr Berghauptmann L a g e r s b e r g, das Wort zu nehmen, damit sein Hiersein und sein Schweigen bei den Verhandlungen nicht etwa falsch gedeutet werde. Er sei der Einladung gefolgt, weil es zu den Pflichten seiner Stellung gehöre, sich über die Bergarbeiter-Bewegung und über die Beziehungen der Bergarbeiter zu ihren Arbeitgebern zu informieren. Ich bitte Sie aber, so führt der Redner fort, aus meiner Anwesenheit keinerlei Schlüsse zu ziehen. Obwohl ich im Auftrage der königlichen Bergbehörde und der königlichen Staatsregierung hier erschienen bin, so beabsichtige ich nicht, mich an Ihren Debatten zu beteiligen. Sie wollen also aus meinem Schweigen nicht ein Einverständnis mit den hier gehaltenen Reden oder sonst irgendwelchen Beziehungen meiner vorgelegten Behörde zu dem Kongress entnehmen. (Beifall.) — Das Schweigen des Herrn Berghauptmanns war somit verdeutlicht genug.

Es wurde sodann in die Statutenberatung eingetreten. Der § 2 enthält die wesentlichsten Forderungen. Es heißt dort, daß der Verband die Erhebung der moralischen und sozialen Lage der Bergarbeiter auf christlicher und geselliger Grundlage bezwecke und dies zu erreichen sucht durch:

- a) Die Verwirklichung eines gerechten Lohnes, welcher dem Werte der geleisteten Arbeit und der durch diese Arbeit bedingten Lebenshaltung entspricht.
- b) Die Einschränkung der Schichtdauer, soweit solche zum Schutze von Gesundheit, Leben und Familie geboten ist.
- c) Ein Mitbestimmungsrecht über die Verwendung der in die Arbeit unterhaltungslos liegenden Beiträge.
- d) Eine Verzeichnung der Kontrollorgane zur Ueberwachung der Durchführung der bergpolizeilichen Vorschriften. Zu ersteren sind thätlich praktische, erfahrene Bergarbeiter zu verwenden.
- e) Eine zeitgemäße Reform des Knappschaftswesens.

Im § 4 werden als Mittel zur Erreichung dieses Zweckes genannt: Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Lohnfragen und bei berechtigten Wünschen und Beschwerden, Eingaben und Petitionen an die Verwaltungsstellen, Bergbehörden, Regierung, Parlamente, belehrende und bildende Vorträge auf dem Gebiete der Berggesetzgebung, des Bergbaues und der Bestrebungen der Bergarbeiter in anderen Revieren und Ländern.

Nun, die guten Bergarbeiter werden nur zu bald an ihrem eigenen Leibe erfahren müssen, daß die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit eine Illusion, sie werden nur zu bald, christlich oder nicht, den Gegensatz der Interessen beider wirtschaftlicher Gruppen herausfühlen und sie werden in die Reihen der Klassenbewußtesten Arbeiter abzuweichen. Deswegen hat es auch keine Bedeutung, wenn im § 8 gesagt wird, daß sich jeder Eintretende als ein Gegner der sozialdemokratischen Grundsätze und Bestrebungen bekenne. Die Komittees des Zentralvorstandes sollen ebenso wenig, wie die des sogenannten Ehrenrats nach Fähigkeit, sondern nach Konfessionen verteilt werden; dem Letzteren, der gewissermaßen die Oberaufsicht ausübt, sollen auch evangelische und katholische Geistliche und Laien angehören. Trotz dieser Satzungen, die eine wunderbar naive Anschauung über die Aufgaben eines Gewerkevereins verrathen, scheint den Herren, die die Statuten entworfen haben, doch die Thatsache aufgedämmert zu sein, daß selbst ihre bescheidenen Forderungen den Unternehmern, sobald sie nur mit Nachdruck betont werden, viel zu weit gehen, und daß es dann auch zu Maßregelungen kommen werde; betonte doch Herr B r u n n, der Vorsitzende selbst, daß er im Jahre 1889 als christlicher Bergarbeiter, trotzdem er gegen den Streik agitirt habe, wie „ein räudiger Hund“ von der Jechse gejagt worden sei. Man hat deshalb im § 24 Unterhaltungen vorgesehen für solche Mitglieder, welche wegen ihres Eintretens für den Gewerkeverein gemahnt werden sollten. Die übrigen Paragraphen, es sind deren 27, enthalten wenig wesentliches.

Nach Beendigung der Statutenberatung hielten die gescheiterten und geschorenen Herren Protokollanten des neugebildeten Verbandes eine Rede, wobei es sich wieder zeigte, daß der katholische Kaplan bei weitem besser, als sein evangelischer Amtbruder, die soziale Frage und das Wesen der Sozialdemokratie begriffen hat. Es war der Kaplan D o b e r d o r f e r, der sich folgendermaßen äußerte:

Meine Herren! Gehen Sie zur Vorstandswahl übergehen, sehe ich mich veranlaßt, einige Worte an Sie zu richten. Meine Rede, die ich auf dem vorigen Kongress gehalten, hat vielfache Anfeindungen und Mißdeutungen erfahren. Ich bin angefeindet worden, weil ich gesagt habe: es ist notwendig, daß sich der zu begründende Gewerkeverein einen Fonds schaffe, damit er unter Umständen im Stande sei, die materiellen Interessen seiner Mitglieder wahrzunehmen, und weil ich Sie davor gewarnt habe, die Sozialdemokratie zu beschimpfen, da Zeiten kommen könnten, in denen Sie genöthigt sein werden, mit den Sozialdemokraten gemeinschaftlich zu kämpfen. Ich betone ausdrücklich, daß ich diese Aeußerungen vollständig aufrichtig erhalte. (Beifall.) Meine Herren! Was thun die Arbeitgeber? Sind denn in den Unternehmerverbänden nicht Christen und Juden, Freisinnige und Konservative, ja sogar Deutsche und Ausländer? Und glaubt man vielleicht die Sozialdemokratie zu bekämpfen durch Beschimpfungen? Durch müßige Schimpfen ist noch niemals eine Idee aus der Welt geschafft worden. Eine Idee wie die sozialdemokratische ist durch Beschimpfungen nicht zu widerlegen. Ich habe nicht gesagt, Sie sollen sich mit den Sozialdemokraten zu einem Verbande vereinigen, das liegt mir vollständig fern. Aber ich bin der Meinung, daß Zeiten eintreten könnten, wo sie genöthigt sein werden, mit den Sozialdemokraten gemeinschaftlich zu handeln. Und deshalb warnte ich Sie, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Und ich sage: Sie haben ein Recht, sich zu vereinigen, um ihre materielle Lage zu verbessern. Zeigen Sie, wenn ich in dieser Versammlung einen Anspruch des Papstes in Rom anführe. Der Papst sagt in einer Enzyklika: „Die Arbeiter haben das natürliche Recht, sich zu vereinigen, um ihre materiellen Interessen wahrzunehmen, und der Staat hat die Verpflichtung, derartige Vereinigungen, wenn sie auf christlicher und geselliger Grundlage geschaffen sind, anzuerkennen. Ich gehe aber noch weiter

Ich sage: Sie haben nicht nur ein von der Natur gegebenes Recht, Sie haben sogar die Pflicht behufs Wahrung Ihrer materiellen Interessen Vereinigungen zu bilden. Sie haben diese Pflicht als Mensch, als Familienoater im Interesse Ihrer Gesundheit und Ihres Daseins. Im Interesse Ihres Daseins und Ihrer Gesundheit haben Sie die Pflicht, mit Rücksicht auf die Gesundheitsgefährlichkeit, die ein langes Arbeiten unter der Erde im Gefolge hat, auf mögliche Abkürzung der Arbeitszeit hinzuwirken und ebenso auch (soweit thunlich) eine Lohnaufbesserung zu erstreben. (Bravo.) Es könnte eingewendet werden, das Kohlenyndikat hat sich bereits zu dem Zwecke gebildet, um eine materielle Besserstellung der Kohlenindustrie, also auch die der Kohlenarbeiter zu schaffen. Die Gründung des Kohlenyndikats ist zweifellos eine gesunde Idee. Allein einmal ist doch zu befürchten, daß das Kohlenyndikat durch eine Preissteigerung der Fabrikate die Konsumenten schädigen könnte und andererseits ist es doch bedenklich, dem aus Unternehmern bestehenden Kohlenyndikat die Wahrung der materiellen Interessen zu überlassen. In England hat sich eine Vereinigung der Fabrikerei-Industrie aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildet, die den Zweck hat, eine Erhöhung der Fabrikereiprodukte und damit gleichzeitig eine Aufbesserung der Löhne zu bewirken. Eine ähnliche Vereinigung in Deutschland würde ich mit Freuden begrüßen. Ich bin der Meinung, eine Preissteigerung von 5 pCt. muß auch eine Lohnerhöhung zur Folge haben. (Beifall.) Meine Herren! Es ist doch nicht zu verkennen, daß die Sozialdemokratie auch im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier immer mehr Boden gewinnt. (Rufe: Sehr richtig!) Wenn wir der Sozialdemokratie den Boden untergraben und die Arbeiter dem Christenthum erhalten wollen, dann müssen wir die berechtigten Forderungen der Sozialdemokratie zu den unsrigen machen. Das ist unsere Pflicht als Menschen und als Christen. Wir erstreben ein friedliches Verhältnis zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern, wir wollen unsere Mitglieder zur Arbeitsamkeit, Sparsamkeit und Mäßigkeit erziehen, damit sie sich der allgemeinen Achtung auch der Arbeitgeber erfreuen. Wir wollen aber auch auf geselligem Wege dafür wirken, daß die Arbeiter einen den heurigen Lebensbedürfnissen entsprechenden auskömmlichen Lohn erhalten. Nur so wird es möglich sein, den von uns geschaffenen Gewerkeverein zu kräftigen und zu erhalten. (Lebhaftes Bravo.)

Diese Rede verräth bei aller Gegnerschaft doch, daß der Sprecher sich mit der wirtschaftlichen Lage des Volkes beschäftigt und daß er die Fühlung mit diesem noch nicht verloren hat. Wie ganz anders nimmt sich hingegen das sozialdemokratische Gebeiß des allerschärflichen Herrn Pastor Weber (W.-Gladbach) aus, der also lehrte: Ich bin genöthigt, ausdrücklich zu betonen, daß wir Evangelischen nun und nimmermehr und in keiner Weise mit den Sozialdemokraten zusammengehen können. Ich halte die Sozialdemokratie für das größte Uebel unserer Zeit. Wir müssen die Sozialdemokratie mit aller Energie bekämpfen. Von irgend einem Zusammengehen mit dieser Partei kann zu keiner Zeit die Rede sein. Wir Evangelischen müssen jede Gemeinschaft mit den Sozialdemokraten aufs entschiedenste zurückweisen. (Beifall.)

In dem gleichen Horn tutete der Generalsekretär des Hirsch-Bunderschen Bergarbeiter-Gewerkevereins, der Bergarbeiter Walter (Selsenkirchen): Ich will auf die am Anfange der Versammlung von dem Herrn Vorsitzenden gegen mich gerichteten Angriffe nicht weiter antworten, sondern nur im Namen des Hirsch-Bunderschen Gewerkevereins erklären, daß auch wir in den Sozialdemokraten unsere ärgsten Feinde erblicken und daß wir uns an den hier begründeten christlichen Gewerkeverein anschließen wollen. (Lebhafter Beifall.) Vor B r u n n: Ich freue mich über die soeben abgegebene Erklärung und bekenne, daß die Hirsch-Bunderschen Gewerkevereine meine vollen Sympathien haben. (Beifall.) Es wurden hierauf Bergarbeiter Brutt (Altenessen) zum ersten, Bergarbeiter Wabl (Wattenscheid) zum zweiten Vorsitzenden, Bergarbeiter Hoop (Selsenkirchen) zum ersten, Bergarbeiter Köster (Großhansdorf) zum zweiten Schriftführer und die Bergarbeiter Wöllner (Niemke), Walter (Schalle), Kleusens (Braunauerhahn), Kockhoff (Essen), Höder, Henning, W. Köster, Südemann (Garten), Ulrich und Wilm (Dortmund) und Berse und Berger (Vochum) zu Beisitzern gewählt. Aus der Zahl dieser soll der Kassierer gewählt werden.

Wir wiederholen, was wir schon früher betont, wir wissen, daß dem schönen Traum der Harmonie ein baldiger Kahenjammer folgen wird; weit entfernt den Verband zu fürchten als „Vollwerk“ gegen die Sozialdemokratie, heißen wir ihn willkommen als Vorschule für dieselbe.

Gerichts-Beitrag.

Wo wird dem Arbeiter sein Recht? Der Droschkenfahrer G. war bei dem Fuhrherrn und Schmiedemeister L. als Kutscher beschäftigt. Als G. eines Morgens auf den Hof kam, fand er einen anderen Kutscher das bisser von ihm gefahrte Gesäßt wachsend vor. Dies war für G. ein untrügliches Zeichen dafür, daß er entlassen sei. Er packte demzufolge seine Sachen, ließ sich von L. seine Papiere geben und ging. Für die Zeit, während welcher er arbeitslos nach seiner pflöchlichen Entlassung war, — G. waren dies 11 Tage — verlangte er von L. eine Lohnentschädigung in Höhe von 88,50 M. Das Gewerbegericht, bei dem er diesen Anspruch geltend machte, erklärte sich indessen für unzuständig, denn der Beklagte machte den Einwand, daß er als Schmiedemeister Mitglied der Schmiede-Innung sei, welche ein eigenes Schiedsgericht habe, vor welches gewerbliche Streitigkeiten gehören. G. wandte sich nunmehr an das Innungs-Schiedsgericht. Dieses erklärte sich jedoch ebenfalls für unzuständig, da die Klage aus dem Fuhrbetriebe resultire. Der Fuhrherrn-Innung geht aber L. nicht an. Wo wird nun dem Arbeiter sein Recht?

Die Gerichtsverhandlung gegen den stud. jur. Johannes Steinko wegen seines rohen Vornemens gegen zwei Damen auf der Straße soll noch ein Nachspiel haben. Der akademische Senat der hiesigen Universität wird dem Vernehmen nach sich mit der Angelegenheit beschäftigen. Zunächst wird der junge Jurist am samstagsen Brett vom Universitätsrichter aufgeföhrt, seine Wohnung im Amtszimmer anzugeben. Was weiter mit dem gebildeten Räpel geschieht, dürfte hoffentlich bekannt werden.

Die Stellung des groben Unfugparagrafen zu den Empfindungen des Patriotismus wurde in einer Anklage wegen groben Unfugs dargethan, die gegen den verantwortlichen Redakteur des „Lokal-Anzeigers“ erhoben war, weil dieser bei der Entlassung der französischen Offiziere aus der Festung in Glad die Nachricht gebracht hatte, daß dortige Publikum die entlassenen Offiziere begrüßt und mit Blumen beworfen hätte. Er hatte jedoch der Mitteilung den Ausdruck harter Mißbilligung

eines solchen Gebahrens hinzugefügt. Trotzdem war auf Antrag der Staatsanwaltschaft gegen ihn ein amtsgerichtlicher Strafbefehl über 5 M. erlassen worden. Dagegen hatte der Redakteur Berufung eingelegt, über die am Sonnabend vor dem Schöffengericht eine kurze Verhandlung stattfand, die mit einer Freisprechung endete, weil der Angeklagte in seinem Zufolge den Empfindungen des Patriotismus durchaus Genüge gethan hätte.

Gegen die verwitwete Gräfin Reichenbach zu Breslau verhandelte die Strafkammer zu S a g a n am 25. Oktober in nicht öffentlicher Sitzung. Die Anklage warf, nach der „Germania“, der Genannten fahrlässigen Meideid vor, welchen dieselbe bei einer Vernehmung vor dem Amtsgericht geleistet haben sollte. 14 Zeugen waren geladen. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurde beschloffen, die Öffentlichkeit auszuschließen. Die Verhandlungen dauerten 4 1/2 Stunden und endeten mit der Verurteilung der Angeklagten zu sechs Wochen Gefängnis. Bekanntlich ist es gerade nach katholisch-konservativen Blättern die Sozialdemokratie, welche der „Meideidpest“ Vorschub leistet — ungeachtet der Statistil, welche darlegt, daß gerade dort, wo die Sozialdemokratie erfolgreich ihren segensreichen Einfluß ausübt, am wenigsten Meideid geleistet werden.

Versammlungen.

Eine imposante öffentliche Versammlung der Musikinstrumenten-Arbeiter, die am 29. Oktober in Sanssouci tagte, und den großen Saal nebst Galerie bis auf den letzten Platz füllte, beriebt über die Frage: „Wie stellen sich die Kollegen zum bevorstehenden Lohnkampf?“ Nachdem Genosse G o s s m a n n in seinem Referate nachgewiesen hatte, wie nothwendig es ist, daß alle Arbeiter durch zeitigen Anschluß an ihre Organisation teilnehmen an dem Kampf zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, begann die rege Diskussion über die Frage der Opportunität eines ähnlichen Vorgehens, wie es vor kurzem den Tapeziern beträchtliche Erfolge gebracht hat. Die zahlreichen Redner, welche das Wort nahmen, stimmten darin überein, daß die Konjunktur dafür jetzt, wo die großen Aufträge eingegangen seien und die Lieferungen bis zu Weihnachten fertig gestellt werden müßten, eine günstige sei; fast überall würden Ueberstunden gemacht. Da sei es an der Zeit, gegen die schlechtesten Werkstellen vorzugehen. Seit Jahren hätten die kleinen Fabrikanten, um den großen Schmutzkonzurrenz bieten zu können, immerfort Abzüge gemacht, die sich die Kollegen nach Lage der Dinge ruhig gefallen lassen mußten. Wie dann auch in den besseren Werkstellen Reduzierungen erfolgten, wurde auf die Löhne der Konkurrenz hingewiesen. Eine Befprechung mit den Kollegen der schlechtesten Werkstellen zeigte auch das Resultat, daß diese eine Aufbesserung ihrer Löhne für nöthig halten; in einigen Fabriken wurde jedoch an der Einigkeit der Kollegen gezwweifelt, von denen die wenigsten organisiert sind. Im Laufe der Debatte nannte man ein Duzend Fabriken, in denen eine etwa 25 prozentige Aufbesserung der dort gezahlten Hungerlöhne besonders dringend erforderlich sei. Daneben soll in den übrigen Fabriken Aufrechterhaltung der Arbeitszeit, d. h. Einstellung der Ueberarbeit, gefordert werden; dann können die Kollegen, welche dort neu eingestellt werden müssen, nicht Streikbrecher in denjenigen der schlechteren Werkstätten werden, wo etwa eine Arbeitsunterbrechung nothwendig wird. Es herrschte jedoch die Meinung, daß, wenn in einer Fabrik die gesammten Kollegen einig sind, der Unternehmer die Forderung bewilligen wird, da er jetzt nicht sämtliche eingearbeitete Kollegen gehen lassen kann. Freilich war man sich auch darüber klar, daß die auf diese Weise erreichbaren Erfolge nach Weihnachten wieder verloren gehen, wenn die Kollegen sich keiner Organisation anschließen. Dies zu thun wurde daher den zahlreichen Anwesenden dringend angerathen. Jetzt gelte es, die günstige Zeit wahrzunehmen, die Aussichten auf Erfolg seien gute, schon das bloße Bekanntwerden der Absicht, in eine Lohnbewegung einzutreten, habe verschiedene Fabrikanten veranlaßt, von selbst kleine Zulagen zu machen oder angekündigte Abzüge zurückzunehmen. Mehrere solcher Fälle wurden mitgetheilt. Einstimmig beschloß die Versammlung, in allen Werkstätten mit aller Energie für die Aufrechterhaltung der Arbeitszeit einzutreten und jede Ueberarbeit zurückzuweisen. Mit großer Majorität wurde ferner folgende Resolution angenommen: „In Erwägung, daß die Löhne in einzelnen Fabriken von Jahr zu Jahr heruntergedrückt worden sind, beschließt die Versammlung, in den schlechtesten Fabriken in den Lohnkampf einzutreten, um die Löhne auf die alte Höhe heranzuführen, und eine Kommission von 12 Mitgliedern zu wählen, welche die erforderlichen Maßnahmen zu treffen hat.“ Nachdem diese Kommission ernannt, ging die Versammlung mit einem Hoch auf die Lohnbewegung der Klavierarbeiter aus.

Vermischtes.

Der Polizeikampf gegen Hauptmanns „Weber“ geht unentwegt weiter. In Hirschberg wurde die Aufführung des Stückes von der Polizeiverwaltung durch folgendes an den Theaterdirektor gerichtete Schreiben verboten: „Ew. Wohlgeboren kündigen auf dem heutigen Theaterzettel an, daß sich das Gerhart Hauptmannsche Schauspiel „Die Weber“ in Vorbereitung befindet. Da dieses Schauspiel, welches u. a. auch das aufreizende sog. „schlechte Weberlied“ enthält, in tendenziöser, der Aufreizung zum Klassenhass Vorschub leistender Darstellung die Entwicklung und den Verlauf der aufständischen Bewegung der Handwerker des Culengebirges in den vierziger Jahren, welche bekanntlich mit Waffengewalt unterdrückt worden mußte, behandelt, so müssen wir von einer öffentlichen Aufführung des Schauspiels hieselbst eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit befürchten. Wir unterjagen daher Ew. Wohlgeboren die beabsichtigte Aufführung dieses Schauspiels. Im Falle der Zuwiderhandlung gegen dieses Verbot werden wir gegen Sie eine Ordnungsstrafe von 30 M., an deren Stelle im Falle Ihres Unvermögens eine Haftstrafe von 3 Tagen tritt, festsetzen.“ — Seitens der Theaterdirektion soll gegen das Verbot der Beschwerde bewegt beschritten werden.

Gegen Fabrikanten, die durch Lohnrückerei und Arbeitszeitverlängerung der Aufreizung zum Klassenhass je nach ärger Vorschub leisten, als dies durch die „Weber“ geschehen könnte, hat die Polizei bisher noch keine Strafandrohungen bereit gehalten. Den Segen des Privatbetriebs in Dingen, die der lebenden Menschheit besonders zu gute kommen sollen, legt eine Mittheilung der Münchener medizinischen Wochenschrift dar. Sie berichtet, daß das Doppelherie-Heilserum in dem unter Leitung Sir Joseph Masters stehenden British Institute of preventive Medicine selbständig hergestellt und zum Selbstkostenpreise (Preis 50 bis 70 Pf.) verkauft wird. In Deutschland stellt sich, dank der Herrlichkeit und Unantastbarkeit des Privatbetriebs, der Verkaufspreis auf 5 bis 10 M. Deutschland ist aber auch das Land der Sozialreform.

Höchst beachtenswert!

Liest man die vielversprechenden **Ankündigungen schwindelhafter Ausverkaufs-Geschäfte der Garderoben-Branche**, so könnte man wirklich glauben, daß die Waaren fast verschenkt werden. Demgegenüber muß sich wiederum jeder denkende Mensch sagen, daß **wirklich gute und reelle Waaren** noch immer Geld kosten.

Es ist eine bekannte und auch begründete Thatsache, daß diese Anzeigen der sogenannten Massen-Ausverkäufe „wegen Aufgabe des Geschäfts, Konkurs etc.“ nur auf Täuschung des Publikums berechnet sind und sich in den meisten Fällen durchaus nicht mit den wahren Verhältnissen decken, vielmehr nur dazu dienen, unter irgend einer

schwindelhaften Reklame die Käufer anzulocken!

Wer auf wirklich reelle Bedienung Anspruch macht, besorge seinen Einkauf nur in bekannten realen Geschäften, die Preise sind auch hier im eigenen Interesse so billig als möglich gestellt. Ich verpflichte mich jeden Artikel in besserer Ausführung und zu bedeutend billigeren Preisen zu liefern, als diese sogenannten Ausverkäufe. 1008L*

Grösstes Herren- und Knabengarderoben-Lager des Süd-Ostens.
Für Bestellungen nach Maß reichhaltigste Auswahl in- und ausländischer Stoffe.

Karl Zobel, Köpnickstraße Nr. 121, Ecke Michaelkirchstraße.

Den verehrten Hausfrauen
wird hiermit das anerkannt vorzügliche

Dr. Thompson's Seifenpulver,

welches sich seit 20 Jahren einer immer steigenden Beliebtheit erfreut, in empfehlender Erinnerung gebracht.
Zum Waschen der Wäsche und Reinigen aller möglichen Gegenstände gibt es nichts Besseres und Billigeres als **Dr. Thompson's Seifenpulver!**
Das Gewebe wird bei dessen Anwendung mehr geschont als bei irgend einer anderen Waschmethode; dabei erzielt man **blendend weiße Wäsche**, welche einen angenehmen frischen Geruch bekommt.
Große Ersparnis an Zeit und Geld wird garantiert!
Man hüte sich vor den geringwertigen Nachahmungen, welche theils in ähnlicher Packung, theils unter dem Namen „Seifenextrakt“ dem Publikum angeboten werden.
Man verlange ausdrücklich: **Dr. Thompson's Seifenpulver mit der Schutzmarke „Schwan“** und weise alle Nachahmungen energisch zurück! 74M

Gelegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königstr. 59, vorn L, sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit verliehen gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200—1000 M. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderspinden 15, Küchenspinden, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen 18, Rußbaum-Kleiderspinden 30, Stühle 3 Mark, hochfeine Muschelspindel 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herrenschreibtische, Damenschreibtische 30, Cylinderbureau, Schreibsekretäre 15 Mark, Garderobenspinden, Paneel-sophas 75, Buffets, Trumeaus 65 M., Betten, Couchtische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbellager Berlins zu besichtigen u. sich von den staunend billigen Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel können bis Januar kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne transportiert und aufgestellt.

Sanitäts-Pfeife

Richard Berek's gesetzl. gesch. Mehr als 14 Millionen G. bereits im Gebrauch.

ist solid zusammengesetzt, elegant ausgestattet und rucht vorzüglich trocken; Unsauberkeit ist dabei vollständig vermieden, Pfeifenschmier-Geruch absolut ausgeschlossen.
Die Sanitätspfeife braucht nie gereinigt zu werden und übertrifft dadurch Alles bisher Dagewesene.
Kurze Pfeifen von 1.25 M. an
Lange Pfeifen von 2.75 M. an
Sanitäts-Cigarrenspitzen von 4 0.60, 0.75, 1.00—3.00 M.
Sanitäts-Tabake d. Pfund 1.15, 2.25, 3.00
Aufsichtliches Preis-Verzeichnis mit Abbildungen auf Wunsch kostenfrei durch d. alleinigen Fabrikanten
J. Fleischmann Nachf.
Kupla in Thüringen.
Wiederverkauf überall gestattet.

Warnung an alle Hausfrauen Berlins und Umgegend.

Seitens weiblicher Konkurrenz wird in der letzten Zeit der Versuch gemacht, unser **Karol Weil's Seifenextrakt** als eine Nachahmung anderer Fabrikate hinzustellen, ja ein Konkurrent hat die Stirn, dreist von einer minderwertigen zu sprechen. Wenn auch für jeden Kaufmann der Zweck solcher unwahren Behauptungen handgreiflich ist, so fühlen wir uns doch den werthen Hausfrauen gegenüber zu folgender Erklärung verpflichtet:

Karol Weil's Seifenextrakt

ist keine Nachahmung, sondern eine nach eigenem Verfahren hergestellte, trockene, gemahlene Seife, und sowohl eigenartig in seiner Qualität wie auch in der Verpackung. Während sogenannte Seifenpulver meistens roth gepackt sind und eine runde Form haben, ist **Karol Weil's Seifenextrakt** nur in grauen vierkantigen Packeten gepackt. Ebenso verschieden wie das Neupere ist auch der Inhalt. Rothe Packete enthalten meist geringwertiges Zeug und sind daher der Wäsche oft geradezu verderblich, während **Karol Weil's Seifenextrakt** von so hervorragender guter Qualität ist, daß es von keinem ähnlichen Fabrikat auch nur erreicht wird.
Diejenigen werthen Hausfrauen, welche unser **Karol Weil's Seifenextrakt** noch nicht gebraucht, oder die mit sogenannten Seifenpulvern trübe Erfahrungen gemacht haben, bitten wir unsere Waare vorurtheilsfrei zu versuchen, wenn auch nur zum Kochen der Wäsche. Wir sind fest überzeugt, daß sie es fortwährend benutzen werden, denn es giebt kein besseres, sparsameres und billigeres Waschmittel. Aber achtet beim Einkauf auf die Schutzmarke Waschfab, mit der jedes Packet oben und unten verschlossen ist und weist alles andere energisch zurück.

Künstl. Zähne, vorzügl. u. Garantie, schmerzlos, Zahnschmerz beseitigt, schmerzlos Zahnziehen. Theilzahlung. Goldstein, Dranienstr. 123

Halb und Halb. Mampe mit Pomeranzen

Feinste Likörmischung
Champagnerflasche
Mark 1.25
Carl Mampe
Köpenicker Bräuerei Berlin, N. 28

Möbel- Gelegenheitskauf

zu außerordentlich billigen Preisen. Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200—1000 M. Theilzahlung gestattet. Elegante Rußbaum- u. Mahagoni-Kleiderspinden u. Vertikons 30 M., einfache 20 M.; Sophas, Bettstellen mit Matratze 20 M.; Waschtisellen, Küchenspinden, Kommoden 12 M.; Stühle 3 M.; Sophasische 6 M.; Säulen-Trumeaus 65 M.; Plüschgarnitur 60 u. 100 M.; Paneel-sophas 80 M.; Buffets, Silber-schränke, Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Cylind-Bureau, Spiegel (wenig gebrauchte) zu halben Preisen und sollte es Niemand veräumen, wer aut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel werden bis Januar kostenfrei aufbewahrt, transportiert und aufgestellt.
Schützenstr. 2, Möbel-fabrik.

Wegen **Umbau** meiner **Geschäftsräume** gelangen die **Restbestände** meines seit 21 Jahren bestehenden Waarenlagers:

Teppiche! Fertige Wäsche! Gardinen! Steppdecken! Portièren! Leinwandwaren!

zu spottbilligen Preisen zum **Ausverkauf.**
Am Stadtbahnhof Börse. **J. Brünn** Am Stadtbahnhof Börse.
4. Hackescher Markt 4.

Schneidermeister, Dranienstr. 204.
Fritz Bock, Herren- u. Knabengarderobe,
fertig und nach Maß. — Garantie für tadellofen Sitz.
Große Auswahl in deutschen und englischen Stoffen.
Bestellungen in kürzester Zeit. — Billigste, feste Preise. 9828

Arbeiter Berlins!
Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen
Bellealliancestr. 98/99 und
Rosenthalerstr. 63/64
in vorzüglichster Beschaffenheit zu den billigsten Preisen verkauft. Wir bitten und durch reichliche Einkäufe zu unterstützen. 796L*
Deutsche Schuhfabrik G. Markus & Co.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4435L*
am hiesigen Plage wie bekannt **grösste Auswahl!**
Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billige Preise! Sämtliche im Handel befindl. Roh-tabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 9.

Son-tags- Werktags- Hosen

Engl. Leder- von 1.50 an
in großer Auswahl zu billigen, festen Preisen empf. **Julius Lindenbaum,**
Grosso Frankfurterstrasse 139.

In Roh- Tabaken und Utensilien für Cigarren-Fabrikanten

!! billigster Einkauf!!

W. Hermann Müller
Berlin
Neue Friedrich-Strasse 9.
Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung
nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.

Wegen **Geschäfts-Auflösung**
insolge zu hoher Preise, verkaufe ich:
Nordhäuser Korn 1 gr. Fl. 65 Pf.
Stonsdorfer 1 " " 82 " "
Berl. Getr.-Rümel 1 " " 85 " "
Alpenkräuter 1 " " 85 " "
Rum 1 " " 85 " "
Cognac 1 " " 1.90 M.
Alle Kolonialwaaren spottbillig.
Zigaretten, hochfeine Qualität, à 100 Stück 2.90, 3.50, 4.00, 5.00 M. Preislisten gratis und franco.
A. Fiebich,
Schwedterstr. 20
Fernsprecher III. 8817.

S. Neumann's Zentral-Bazar.

1. Geschäft: Andreaskstr. 62.
2. Geschäft: Frankfurterstr. 90, Ecke Markstraße. 8158*

Durch Gelegenheitskäufe und Massen-anschlässe große Posten in Sand- und Küchengeräthen, Emaille, Porzellan, Etzngut, Holzwaaren, Eisenwaaren, Wachsänder, Gardinenstangen 50 Pf., Hofsetten von 8 Pf. an etc. etc. wie bekannt zu den billigsten Preisen.

37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des Süd-Ostens für **Gold-, Silber-, Alfenidewaaren** (Eg. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich **H. Gottschalk,** Goldarbeiter und Uhrmacher, **37 Admiral-Strasse 37**

Jaquet-Anzüge

in Kammgara und Cheviot zu billigen aber festen Preisen empfiehlt **Julius Lindenbaum,** Große Frankfurterstrasse 139.

66. Resterhandlung. 66.
Billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammgara, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Valetotstoffen, sowie zu Frühjahrs- und Sommermänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt u. Spitzen. Auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge **66. Karle, Waldemarstrasse 66.**

Achtung! Kein Laden.
Kontroll-Schutzmarke.
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigaretten 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 70 Pf. 71L*
U. F. Dinslage,
Rottbuserstr. 4, Hof part.